

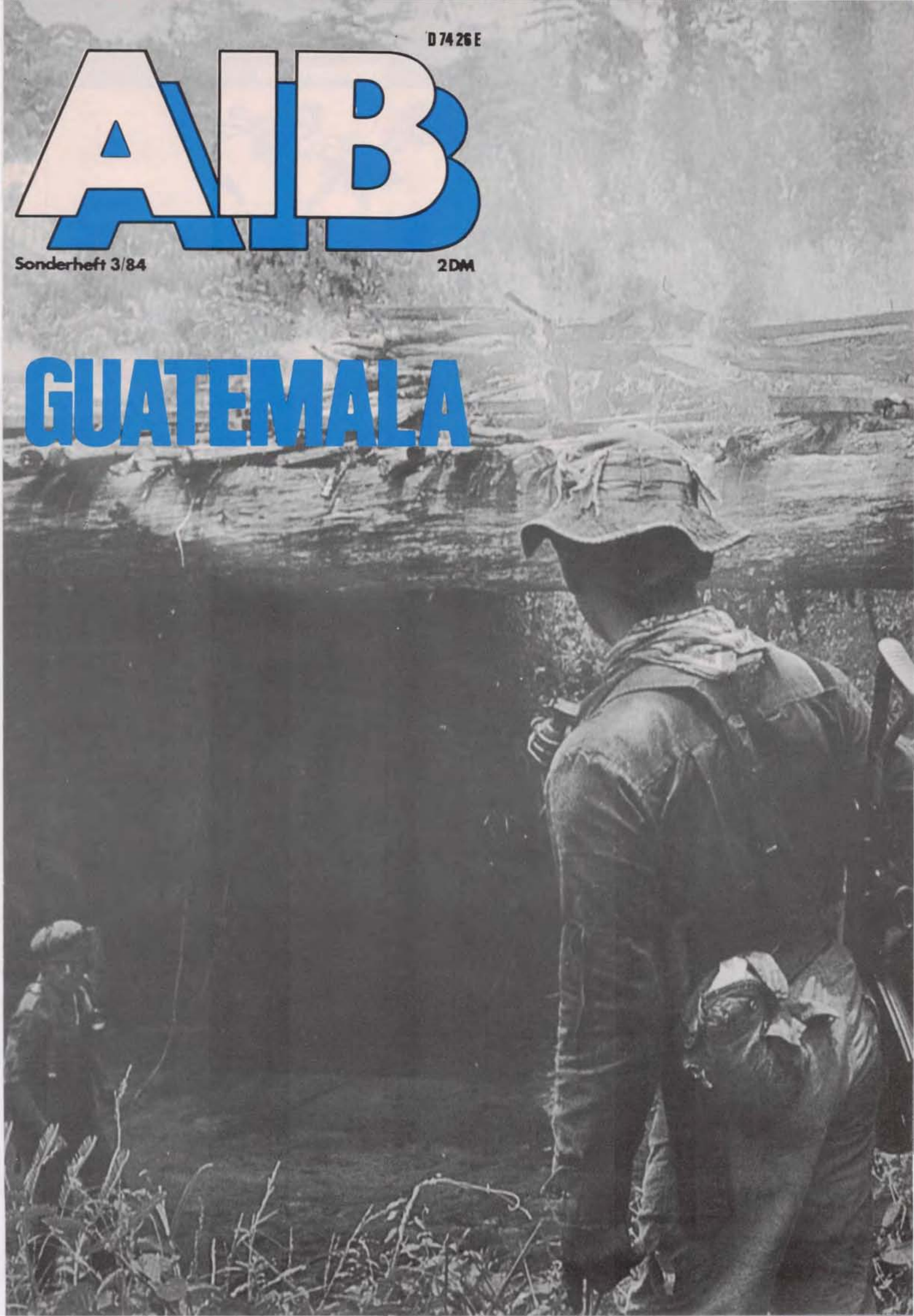
D 74 26 E

AIB

Sonderheft 3/84

2DM

GUATEMALA



Inhalt

Vorbemerkung	II
<i>Nico Biver</i> Guatemalas Platz in der Mittelamerikakrise	III
Franz Bushin Die Aufstandsbekämpfung bleibt Regierungsprogramm	V
Guatemala-Daten	VI
Vereinigungsproklamation der URNG	IX
<i>Bernd Graul</i> Krisen ohne Unterlaß	XV
<i>Gespräch mit Julia Esquivel</i> Christen im Widerstand	XVIII
<i>Das Beispiel Coca-Cola</i> Versuch, eine Gewerkschaft zu zerstören	IXX
Geschichte eines blutigen Kampfes	XX
<i>Die US-Intervention 1954</i>	XXI
<i>Aktions- und Materialspiegel</i>	XXII

Vorbemerkung



„Ich glaube, daß Guatemala ein Schlüssel zu Lateinamerika ist... Die guatemaltekeische revolutionäre Erfahrung bietet wichtige Schlüssel für ganz Lateinamerika. Nicht als ein nachahmenswertes Modell, ...sondern als eine Quelle großer, schmerzlich erlernter Lektionen...“ So kennzeichnete der uruguayische Schriftsteller Eduardo Galeano in seiner Schrift „Guatemala: Occupied Country“ (Besetztes Land) die Beispielwirkung des Landes Ende der 40er/Anfang der 50er Jahre.

Die Hoffnungen in den Reformprozeß 1944-54 im nördlichsten Staat Mittelamerikas wurden durch die US-Intervention 1954 zerschlagen. Als in den Jahren 1966/67 in Guatemala die Guerilla, unter Einsatz von US-Militärberatern, aufgerieben wurde, ging eine weitere – durch den Guerillasieg in Kuba 1959 genährte – Hoffnung der Völker Mittelamerikas zu Bruch. Die Militärdiktatur Guatemalas verschaffte sich mit der Ermordung von rund 70.000 Oppositionellen bis Anfang der 80er Jahre Weltruf.

Mit dem Sieg der Sandinistas in Nicaragua 1979 und der ihn begleitenden Krise der Diktaturen und dem Aufschwung des Volkswiderstands in El Salvador und Guatemala rückte die sog. United-Fruit-Republik erneut in den Blickpunkt. Im aktuellen Interventionskonzept der Reagan-Administration in Mittelamerika ist Guatemala eine aktive Vorpostenrolle gegen die Befreiungsbewegung El Salvadors und das befreite Nicaragua zudedacht. Doch der guatemaltekeische Widerstand bindet ein ansehnliches Interventionspotential im eigenen Land. Kommt es zur regionalen Eskalation, so wird Guatemala zwangsläufig einer der Kampfschauplätze sein.

Aus bundesdeutscher Sicht gibt es einen Grund mehr, sich dem Innenleben Guatemalas eingehender zuzuwenden: die skandalöse Haltung der Bundesregierung. Staatsminister Alois Mertes (CDU) reihte nach einer Mittelamerikareise im März d.J. Guatemala ins Lager der „demokratischen Grundordnung“ ein: „Guatemala hat 1982 nach langen Jahren blutiger Diktatur aus eigener Kraft einen Demokratisierungsprozeß eingeleitet.“ Und die Bundesrepublik habe da mitzuhelfen.

Impressum

AIB (Antiimperialistisches Informationsbulletin) – Die Dritte-Welt-Zeitschrift, gegr. 1970, erscheint monatlich.

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Wolfram Brönnner, Bernd Gäbler, Prof. Günter Giesenfeld, Mechthild Jansen, Herbert Lederer, Heinz-Jürgen Nieth, Werner Stürmann, Elisabeth Thölke-Sommer, Peter Wahl, Prof. Erich Wulff

Redaktion: Wolfram Brönnner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Rainer Falk, Pia Grund, Marianne Kolter, Andreas Krajczek, Hans-Erich Schäfer, Ludger Schmitz

Ständige Mitarbeiter: Georg Diederichs, Klaus D. Fischer, Peter Garcia, Alfonso Gonzalez, Ivesa Lübben-Pistofidis, Fiaza Makumbi-Kidza, Katja Maurer, Hans Mayer, Nima Mina, Jürgen Ostrowsky, Christoph Sodemann

Weitere Mitarbeiter dieser Ausgabe: P. Bergmann, U. Kampmann, U. Nettelbeck, W. Paulus

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstraße 46, 3550 Marburg, Telefon 0 64 21/2 46 72

Verlag: Weltkreis Verlags GmbH, Dortmund
Druck: Plambeck & Co., Neuss

Jahresabonnement (inklusive Porto): Inland 25,— DM; Ausland normal 30,— DM, Luftpost Europa 35,— DM, übrige Länder 50,— DM; Förderabos 50,— DM oder mehr. Einzelheft: 2,50 DM, Doppelheft: 5,— DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33 % Ermäßigung.

Kündigungen nur zum Jahresende. Spätester Termin: 15. November. Bestellungen unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft.

Adressenänderung bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei der Post bekanntgeben.

Namentlich gezeichnete **Beiträge** geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion. Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Redaktionsschluß: 14. 4. 1984

Anzeigen: Guatemala Infostelle, Argument, Öko Päd, Grenada-Nachrichten, EAST, Forum, Linke Zeitung, Roederberg Verlag, Horizont, AG Spak, Brigade Carlos Fonseca, Weltkreis Verlag, Volksuni, CON, Solidaritätshop 3. Welt.



„Green Berets“ in Guatemala

Guatemala in der Mittelamerikakrise

Nico Biver

Der US-Botschafter Frederick Chapin, der inzwischen abgelöst wurde, begründete seine Beteiligung am Militärputsch vom 8. August 1983 damit, daß General Rios Montt zwar der „beste Präsident war, den Guatemala in letzter Zeit hatte, jedoch nicht die Anforderungen der USA erfüllte“.¹

Hauptkritikpunkt Washingtons war die mangelnde Einbeziehung Guatemalas in die Mittelamerikapläne Reagans. Von Mejia Victores erhoffte man sich eine bessere Abstimmung der Politik in diesem Bereich.

Anfängliche Äußerungen der neuen Machthaber schienen diese Erwartungen zu bestätigen.

Der damalige Armeechef Lopez Fuentes bezeichnete am 27. August 1983 „die Einheit der mittelamerikanischen Armee mittels des Mittelamerikanischen Verteidigungsrates (CONDECA) als angebracht und nötig. Dadurch können wir die Probleme der Subversion in der Region beenden, über die Verteidigung Mittelamerikas wachen, die lokalen Armeen stärken und den Vormarsch des Kommunismus bekämpfen“.²

Auf Initiative und unter Führung der neuen guatemaltekischen Militärregierung kam es im Oktober 1983 zur Wiederbelebung dieser schon totgeglaubten Allianz unter Einschluß von Honduras und El Salvador. Die militärische und politische Stoßrichtung, die der US-amerikanischen Mittelamerikapolitik entspricht, wurde nie verheimlicht: Zurückdrängung der Befreiungsbewegung in El Salvador und als strategisches Hauptziel die Zerschlagung der sandinistischen Revolution.

Die guatemaltekische Armee beteiligte sich auch zwischenzeitlich an militärischen Drohgebärden gegenüber der sal-

vadorianischen Guerilla, indem sie in demonstrativer Weise für kurze Zeit ein Truppenkontingent an die Grenze schickte. Gleichzeitig dämpften jedoch verschiedene Äußerungen guatemaltekischer Armee- und Regierungsvertreter den Optimismus der USA über die Einbeziehung der guatemaltekischen Armee in ihre Interventionspläne.

General Lopez Fuentes erklärte im September 1983, seine Regierung würde sich „nicht in Konflikte mit anderen Nationen der Region einmischen“.³ Und noch deutlicher drückte sich Außenminister Anrade am 15. Dezember 1983 aus: „Guatemala verfolgt eine sehr unabhängige Außenpolitik. Was Mittelamerika anbetrifft, so wollen wir nicht als Instrument ausländischer Kräfte benutzt werden. Wir sind aufgefordert worden, eine aktivere Rolle in Mittelamerika zu spielen, und wir haben uns einfach geweigert.“⁴

Genügend im eigenen Land zu tun

Anrade nennt die ausländischen Kräfte zwar nicht beim Namen, doch es ist eindeutig, daß damit die USA gemeint sind. Mejia Victores drückte sich im März d.J. gegenüber der spanischen Nachrichtenagentur EFE noch deutlicher aus.⁵ Er erklärte, daß eine militärische Invasion gegen Nicaragua die Probleme der Region nicht lösen würde, und lehnte eine Teilnahme an regionalen Militärmanövern ab. Daß dies nicht nur Lippenbekenntnisse sind, zeigt auch die Tatsache, daß Guatemala trotz des Drängens Washingtons nicht an den US-Manövern „Grenadero I“, die am 1. April d.J. in Honduras begannen, teilnimmt. Die Gründe dafür, daß die jetzige Dikta-

tur sich nicht vollständig den Interventionsplänen der Reagan-Administration in der Region unterwerfen will, sind in der besonderen Lage der guatemaltekischen Bourgeoisie und Armee zu suchen. Die guatemaltekischen Agrarexporteure, die traditionell ihre Produkte auf dem mittelamerikanischen Markt absetzen, mußten bereits jetzt durch Verschärfung der Kriegssituation Ausfuhrminderungen hinnehmen. Die Handels- und Industriebourgeoisie will vermeiden, daß die Wirtschaft des Landes unter den Folgen eines regionalen Krieges noch mehr in Mitleidenschaft gezogen wird.

Große Teile der Armee und der Bourgeoisie wollen nicht für die USA die Kastanien aus dem Feuer holen.

Sie haben im eigenen Land genügend „zu tun“, um die Guerilla in Schach zu halten. Sie können es sich deshalb rein militärisch nicht leisten, größere Teile ihrer knapp 20.000 Mann starken Armee in anderen Ländern einzusetzen.

Dies heißt jedoch nicht, daß Guatemala kein Interesse daran hätte, einen Sieg der Befreiungsbewegung in El Salvador zu verhindern und die Revolution in Nicaragua rückgängig zu machen. Im August 1983 besuchte zwar zum ersten Mal seit dem Sieg der sandinistischen Revolution wieder ein guatemaltekischer Außenminister Nicaragua, aber für Mejia Victores bleibt das Land weiterhin „Zentrum der Instabilität“ und als solches sein Gegner.

Aus diesem Grund sind die Regierenden in Guatemala nach Aussagen von Oberst Djamala Dominguez gern dazu bereit, die befreundeten Armeen mit Munition zu versorgen oder auf Wunsch Militärberater zu entsenden. Aber alles das geschieht mit der Absicht, daß die entsprechenden Armeen „ihre Probleme“ selbst

lösen.

Auf politischer Ebene bildet Guatemala zusammen mit den Regierungen von El Salvador, Honduras und Kostarika die sog. diplomatische Achse, deren Ziel es ist, Nikaragua diplomatisch und politisch zu isolieren und nicht zuletzt die Friedensbemühungen der Contadora-Staaten (Mexiko, Venezuela, Kolumbien, Panama) zu behindern.

Die „Achsenmächte“ gaben in der Vergangenheit mehrfach gemeinsame Erklärungen zur Verurteilung angeblicher Übergriffe nikaraguanischer Truppen gegen Honduras und Kostarika ab. Und für das Contadora-Treffen in Panama am 8. Januar d.J. hatten sie ebenfalls ein Paket von Forderungen vorbereitet, um eine mögliche Friedenslösung hinauszuzögern.

Auf Washington angewiesen

Diese politischen Hilfsdienste sind der Reagan-Administration allerdings zu wenig. Mehrere Faktoren könnten die Mejia-Victores-Diktatur dazu bewegen, sich stärker den Wünschen Washingtons zu beugen.

Die Verstärkung des Guerillakampfes, die sich derzeit abzeichnet, wird dazu führen, daß Guatemala auf Militärhilfe der USA angewiesen bleibt. Die Reagan-Administration hat bereits jetzt 10,4 Mio Dollar Unterstützung für 1985 beantragt. Bisher konnte die Militärhilfe nur auf Umwegen nach Guatemala gelangen, da die Carter-Administration sie 1977 wegen der Menschenrechtsverletzungen eingestellt hatte.

Vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet verfügt Washington über mehrere Trümpfe, um Guatemala gefügig zu machen. US-Konzerne kontrollieren nicht nur über 30% der Industrie, sondern die gesamte Nickel-, Erdöl- und Bananenproduktion. Die Kreditabhängigkeit der Regierung und der Bourgeoisie von US-Banken und von internationalen Finanzinstitutionen, die wie der Internationale Währungsfonds (IMF) von den USA kontrolliert werden, und ein Außenhandelsanteil der USA von über 30% machen die Druckmöglichkeiten auf Guatemala deutlich.

Angesichts der Wirtschaftskrise im Land ist Guatemala außerdem auf Wirtschaftshilfe angewiesen, die in größerem Umfang nur von den USA kommen kann. Bis 1990 will die Reagan-Administration, entsprechend den Plänen der Kissinger-Kommission 4,5 Mrd Dollar locker machen.

Dies soll nicht nur das Regime stabilisieren, sondern ihm auch eine Teilnahme an den Interventionsplänen schmackhaft machen.

Damit es aber soweit kommt, muß Rea-

gan zuhause noch einige Hürden überwinden.

Im November 1983 hatte der Kongreß sowohl die beantragte Militär- als auch die Wirtschaftshilfe wegen der Menschenrechtsverletzungen abgelehnt. Der jetzt beantragten 10,4-Mio-Dollar-Waffenhilfe droht ein ähnliches Schicksal, obwohl Reagan vor dem Senat von einer „signifikanten Verbesserung der Menschenrechte“ zu berichten wußte.⁶

Aus diesem Grunde fordert Washington von den Machthabern in Guatemala, den Terror etwas zu verringern. Um die Unterstützung für Guatemala im US-Kongreß durchsetzen zu können, aber auch um die Aggressionspolitik gegen Nikaragua zu rechtfertigen, forderte die Reagan-Administration von Mejia Victores, Scheinwahlen durchzuführen. Nach anfänglichen Protesten stimmte dieser dem, nicht zuletzt auf inneren Druck hin, zu.

Trotzdem zeichnet sich noch keine Verringerung der internationalen Isolierung des Regimes ab. Mitte März d.J. verurteilte die UN-Menschenrechtskommission Guatemala wegen fortgesetzter Verbrechen gegen die Grundrechte des Menschen mit 28 gegen 3 Stimmen.

Bonner Reinwaschungen

Ganz allein steht Washington allerdings nicht bei dem Versuch, die Verhältnisse in Guatemala zu beschönigen.

Die Bonner Regierung hat sich, wie auch in allen anderen Fragen, die Mittelamerika betreffen, auf seiten der Reagan-Administration gestellt, da sie bekanntlich weltweit nichts unternimmt, was den „nationalen Interessen“ der USA entgegenstehen würde.

Wie die USA, so hat auch die BRD von allen mittelamerikanischen Staaten allein Nikaragua vom Erhalt von Entwicklungshilfe ausgeschlossen. Staatsminister Alois Mertes (CDU), der nach einer Mittelamerikareise im Februar d.J. die Wahlen in Nikaragua als eine Farce bezeichnete, sah in Guatemala eine Wende zum Besseren: „Guatemala hat 1982 nach langen Jahren blutiger Diktatur aus eigener Kraft einen Demokratisierungsprozeß eingeleitet.“⁷

Damit meinte er nicht etwa die Zeit seit dem Machtantritt von Mejia Victores, sondern seit dem von Rios Montt, der allein für 15.000 Morde verantwortlich ist. Kurz vor dem Machtantritt Mejia Victores hatte bereits am 25.7.1983 der SPD-Rechtsaußen und Mitglied des auswärtigen Ausschusses des Bundestags, Günther Herterich, in Guatemala von einer „demokratischen Öffnung“ geschwärmt und Wirtschaftshilfe in Aussicht gestellt.⁸

Daß Bonn im Gegensatz zu seinen EG-Partnern dazu beiträgt, das Völkermordregime Guatemalas hoffähig zu machen, liegt jedoch nicht allein an der engen Anbindung an die USA. Guatemala ist das Land mit den höchsten BRD-Investitionen in Mittelamerika, und Bonn ist nach den USA und den Staaten der Region der drittgrößte Handelspartner mit einem Anteil von 11%.

Die bundesdeutschen Unternehmen ziehen außerdem ihren Nutzen aus dem wirtschaftlichen Hilfsprogramm Reagans für Mittelamerika und die Karibik, der sog. Initiative des Karibischen Beckens (CBI). Die guatemalteisch-deutsche Industrie- und Handelskammer forderte ihre Partner in der Bundesrepublik auf, statt in Südostasien in Guatemala zu produzieren und in die USA zu exportieren, da die CBI dafür Zollfreiheit vorsieht.⁹

Ob allerdings dieser Ruf gehört wird, ist mehr als zweifelhaft, da das Anwachsen der Guerilla und die Versuche Washingtons, Guatemala in einen regionalen Krieg einzubinden, das Investitionsklima nicht gerade verbessern.

Anmerkungen:

- 1) Servicio de Informacion de Guatemala (SIAG), Mexiko, Nr. 6/1983, S.4
- 2) Enfoyprensa, Informacion de Guatemala, Mexiko, Nr. 35/1983, S.3
- 3) SIAG, Nr. 3/1983, S.5
- 4) El Dia, Mexiko, 16.12.1983
- 5) Siehe: Granma Semanal, Havanna, 25.3.1984
- 6) Süddeutsche Zeitung, München, 16.3.1984
- 7) Deutschland Magazin, München, Nr. 3/März 1984, S. 36
- 8) Mittelamerika Informationsdienst, Frankfurt, 4.8.1983
- 9) SIAG, Nr. 12/1984, S.6

AG SPAK
PUBLIKATIONEN

NEUERSCHEINUNG:



AG SPAK M 63
ISBN-3-923126-28-X
149 Seiten
13.- DM

Enrique Blanco Cruz leitet die Ausländerfeindlichkeit aus der sozio-ökonomischen Entwicklung Deutschlands seit Beginn dieses Jahrhunderts ab. Sein Hauptanliegen ist eine Gesamtdarstellung der Entstehungsfaktoren von Ausländerfeindlichkeit, wobei er den Zusammenhang zwischen der sozio-ökonomischen Entwicklung und der Manifestierung von Ausländerfeindlichkeit in den Mittelpunkt stellt.

Zu beziehen über den Buchhandel und direkt bei:
AG SPAK-Publikationen
Kistlerstr. 1
8000 München 90

Franz Bushin

Die Aufstandsbekämpfung bleibt Regierungsprogramm

Spätestens seit Anfang Juni 1983 hatten es die Spatzen von den Dächern gepfeifen, daß die Stabilität des Regimes von Rios Montt Risse zeigte.

Die Unzufriedenheit der herrschenden Kreise fand ihren deutlichsten Ausdruck in dem Brief des dienstältesten Generals, Echeverria Vielman, an Rios Montt vom 5.6.1983. Dort fordert Echeverria¹: die Trennung von militärischen und politischen Funktionen, die unverzügliche Anberaumung von Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung und die Aufhebung der Steuerreform, die den Mehrwertsteuersatz gemäß den Forderungen des Internationalen Währungsfonds (IMF) auf 10% festsetzte.

Ferner beklagte Echeverria die Differenzen zwischen der Katholischen Bischofskonferenz und der Regierung, die sich insbesondere nach dem Papstbesuch Anfang März 1983 zugespielt hatten.

Versager Montt

Dieser Brief spiegelt also vor allem die Beunruhigung derjenigen herrschenden Kreise wider, die negativ von den politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen Rios Montts betroffen waren. Dabei handelt es sich hauptsächlich um die Fraktion der Industriellen (die auch das Agrar„reform“-Programm „tierra y trabajo“ (Land und Arbeit) von der US-amerikanischen Agentur für Internationale Entwicklung (AID) unterstützen) und um die Händler.

Das Eingreifen der Militärspitze am 8.8.1983 unter der Führung von Mejia Victores und Generalstabschef Lopez Fuentes war vorprogrammiert, denn der religiöse Fanatiker Rios Montt und seine Kamarilla waren nicht mehr tragbar, wie die inneren Machtkämpfe innerhalb des Unternehmertums und der Armee zeigten.

Die Auseinandersetzungen innerhalb des Unternehmertums spielten sich in deren Verband CACIF (Koordinationskomitee der Vereinigungen des Landwirtschafts-, Handels-, Industrie- und des Finanzsektors) ab. Während der hegemoniale Agroexportsektor seine bevorzugte wirtschaftspolitische Behandlung verteidigen konnte, kam es insbesondere durch die Mehrwertsteuereinführung zur Be-



Putschgeneral Mejia Victores

nachteiligung von Industrie und Handel. Letztere waren auch im allgemeinen stärker von der nationalen und internationalen Wirtschaftskrise betroffen.

Auch in der Armee gab es Auseinandersetzungen. Einige Offiziere, die teils auch eine wichtige Rolle beim vorletzten Putsch vom 23. März 1983 gespielt hatten, sahen sich in ihren Forderungen nach geringerer Anpassung Guatemalas an die Interessen der USA und nach stärkerer Teilhabe an der Macht enttäuscht.

Rios Montt war nicht in der Lage, den Fraktionierungsprozeß in der Armee und im Unternehmertum in den Griff zu

bekommen. Ebenso ist sein Unterfangen, die Guerilla zu besiegen, fehlgeschlagen.

Um den Putsch unblutig vollziehen zu können, mußte Mejia Victores nur noch den richtigen Zeitpunkt abwarten. Im Juli 1983 verhielt sich die oberste Militärspitze unter Mejia Victores zunächst still. Sie befürchtete, daß es zu neuen Spaltungen in der Armee kommen könnte.

Ferner wurde in dieser Zeit die Zustimmung von dem der Militärspitze verbundenen Teil des Unternehmertums eingeholt. Eine wichtige Rolle spielte dabei der jetzige Außenminister Andrade Diaz-Duran, der ein Berater von Mejia Victores war und den „modernerer“ Agroexportkreisen nahesteht.

Zwei Tage vor seinem Putsch, am 6. August 1983, traf sich Mejia Victores mit dem Oberbefehlshaber des Kommandos Süd der US-Streitkräfte mit Sitz in Panama, Paul F. Gorman, auf dem vor Honduras ankernden Flugzeugträger Ranger (zugegen waren auch der Oberbefehlshaber der honduranischen Streitkräfte, Gustavo Alvarez, und der salvadorianische Verteidigungsminister Vides Casanova), um auch von dem strategischen Partner des Unternehmens letzte Rückversicherung zu erlangen.

Am 8. August 1983 fand der Führungswechsel (es handelte sich nicht um einen



US-Flugzeugträger „Ranger“ einsatzbereit vor den Küsten Mittelamerikas



Guatemala

Geographie und Bevölkerung

Territorium: 108.889 qkm
 Einwohner: 7,6 Mio (1983)
 Bevölkerungswachstum: 3,0% (1960-80)
 Bevölkerungsstruktur: 54% Indios (Maya-Quiché), 43% Mestizen (Landinos), 3% Weiße
 Sprachen: Spanisch (Amtssprache), 23 Maya-Quiché-Dialekte
 Religion: 70-80% römisch-katholisch, 20-30% protestantische Sekten
 Hauptstadt: Guatemala-Stadt (1,5 Mio Einwohner)

Politisches System

Herrschaftsform: Faschistische Militärdiktatur, die die Interessen der Landoligarchie, der Kompradorenbourgeoisie und des US-Kapitals vertritt. Staatspräsident ist seit dem Putsch vom 8.8.1983 Oscar Humberto Mejia Victores.
 Für den 1. Juli d.J. sind Parlamentswahlen vorgesehen. Bisher wurden über 40 Parteien der Rechten und des Zentrums neu belebt oder gegründet: Revolutionäre Partei (PR, Ende der 40er Jahre gegr.), Bewegung der Nationalen Befreiung (MLN, gegr. 1954), Nationale Erneuerungspartei (PNR, gegr. Mitte der 70er Jahre), Institutionelle Demokratische Partei (PID, gegr. 1965), Authentische Nationalistische Zentrale (CAN, gegr. 1978), Guatemaltekeische Christdemokratie (DCG, gegr. 1955), Vereinigte Front der Revolution (FUR, gegr. 1970). Die DCG, die PNR und die sozialdemokratische FUR haben sich am 20.2.1984 zusammen mit weiteren 8 Gruppierungen zur Demokratischen Koordination Guatemalas (CDG) zusammengeschlossen.
 Die revolutionären Organisationen arbeiten in tiefster Illegalität. Sie verfolgen alle eine Strategie des revolutionären Volkskriegs: Guatemaltekeische Partei der Arbeit (PGT, gegr. 1949), PGT - Nationaler Führungskern (PGT-N, entstand 1978 aus einer Abspaltung der PGT), Rebellenische Streitkräfte (FAR, gegr. 1962), Guerillaarmee des Volkes (EGP, gegr. 1972), Organisation des Volkes unter Waffen (ORPA; gegr. 1979). PGT-N, FAR, EGP und ORPA haben sich 1982 zur Revolutionären Nationalen Guate-



ist die Zeitung der Demokratischen Sozialisten ★ bringt zweimal im Monat Nachrichten, Hintergrundberichte, Diskussionsbeiträge zu aktuellen Themen ★ Engagiert sich, für Frieden und Abrüstung, für Arbeitszeitverkürzung, für mehr soziale Dienstleistungen und demokratische Rechte, für Gleichstellung der Frauen ★ unterstützt den Aufbau einer breiten linken Alternative ★ hilft aktiv bei der Schaffung einer neuen Partei: links, wo das Herz schlägt ... und kluge Köpfe nicht fehlen

linke zeitung

Deine Zeitung: Jetzt abonnieren!

- Ich bitte um Zustellung eines Probe-exemplars der lz.
- Ich abonniere die lz, die Zeitung der Demokratischen Sozialisten. Das Abonnement gilt für mindestens drei Monate und verlängert sich um den gleichen Zeitraum, falls es nicht 4 Wochen vor Ablauf schriftlich gekündigt wird.
- 3 Monate (6 Ausgaben) DM 25,50
- 6 Monate (12 Ausgaben) DM 51,00
- 12 Monate (24 Ausgaben) DM 102,00

Vorname/Zuname

Straße/Hausnummer

Postleitzahl/Wohnort/Zustellpostamt

Lieferung ab

Datum/Unterschrift

Bitte ausschneiden und einsenden an:
 Demokratische Sozialisten
 Hohe Straße 28
 6050 Offenbach

linke zeitung

Regierungswechsel!) nach altbewährtem Muster statt: der ehemalige Verteidigungsminister wird Regierungschef. Als Rechtfertigung für den Putsch machte sich Mejia Victores die Forderungen des Echeverria-Briefes zu eigen.

Die Hauptziele der neuen Machthaber sind die Aufstandsbekämpfung, die in den letzten 20 Jahren wichtigstes Tätigkeitsgebiet jedes Regimes war, und die Überwindung der internationalen Isolierung. Ziele und Mittel des „neuen“ Regimes bleiben deckungsgleich mit dem von Rios Montt, das 15.000 Menschenleben forderte.

Mejia Victores: „Falke unter Falken“

Auch wenn die im Brief von Echeverria enthaltenen Forderungen formal erfüllt zu werden scheinen, bleibt die Parole der „Rückkehr zur Demokratie“ ein hohles Versprechen.

Zwar sind die Sondergerichte verschwunden, doch bleiben bis heute 400 Personen, die ihnen zugeführt wurden und deren Aufenthaltsort unbekannt ist, in Haft. Ferner werden die dort gefällten Urteile keinerlei Revision unterzogen². Davon abgesehen sind auch in der „normalen“ Gerichtsbarkeit eine große Anzahl von Personen nach wie vor ohne Prozeß und Anklage in Händen der Sicherheitskräfte (so z.B. die Arbeitsanwältin Yolanda Urizar und der Gewerkschaftsführer José Luis Ramos).

Obwohl der Ausnahmezustand aufgehoben wurde, sind nach Angaben der guatemaltekeischen Zeitung Prensa Libre allein in den ersten 16 Tagen des Novembers 1983 41 Personen von der Polizei ermordet, 18 entführt, 22 verletzt, 630 festgenommen worden und 2 verschwunden.³ Politische Funktionen wurden von militärischen getrennt (mit Ausnahme von Mejia Victores, der sich zum Divisionsgeneral küren ließ). Diese Maßnahme wird allerdings hauptsächlich als Vehikel der Machterhaltung der neuen Kamarilla und zur Abschiebung von hohen Generälen, die unliebsam werden könnten, benutzt.

Es wurde verkündet, daß man durch Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung zur „Konstitutionalität“ zurückkehren wolle. Dabei stützen sich die Regierenden allerdings auf die Vorlagen zum Parteiengesetz von Rios Montt. In diesen wird einer Verzögerung von Parteienbildungen Tür und Tor geöffnet, was der Erhaltung der Macht in den Händen des Militärs und der hinter ihnen stehenden Oligarchie durchaus zweckdienlich ist.

Das Verhältnis der Regierung zur Kirche hat sich verschlechtert, u.a. weil der neue Erzbischof, Próspero Penados antidiktatorisch eingestellt ist. Die Erklärungen



I-Daten

maltekischen Einheit (URNG) zusammengeschlossen.

Volksorganisationen: Nationales Komitee der Gewerkschaftlichen Einheit (CNUS, entstand 1976 durch den Zusammenschluß von drei Gewerkschaftszentralen verschiedener Einzelgewerkschaften).

Landarbeiter und Kleinbauern haben sich 1978 im Komitee der Einheit der Bauern (CUC) organisiert. Darüber hinaus bestehen noch demokratische und revolutionäre Organisationen der Studenten, Christen und Elendsviertelbewohner. Einzelpersonlichkeiten dieser Volksorganisationen gründeten 1982 das Guatemaltekeische Komitee der Patriotischen Einheit (CGUP).

Wirtschaft

Bruttoinlandprodukt (BIP): 8,0 Mrd Dollar (1983 in Preisen von 1980)

BIP pro Kopf: 1052 Dollar

Durchschnittliches Wachstum des BIP pro Kopf: 2,8% (1960-1980); -4,5% (1981-83)

Struktur der Beschäftigten (1979): Landwirtschaft 57,2%; Industrie und Bauwesen 17,8%; Dienstleistungen 24,9%

Arbeitslose 1,5 Mio (1983)

Inflation: 10,4% (im Jahresdurchschnitt 1970-80)

Auslandskapital: 193 ausländische Unternehmen, davon ca. 80% US-Firmen

Währung: 1 Quetzal = 1 Dollar = 2,6 DM (Stand September 1983)

Außenverschuldung: 2,94 Mrd Dollar (1983)

Exportstruktur (1980): Kaffee 30,6%, Baumwolle 13,4%, Zucker 4,6%, Nickel 4,0%, Bananen 3,0%

Wichtigste Handelspartner: USA (ca. 30%), mittelamerikanische Staaten (ca. 25%), BRD (ca. 10%), Japan (ca. 8%)

Soziales

Analphabeten: 53% (1981)

Lebenserwartung: 59 Jahre (1981)

Säuglingssterblichkeit: 66 pro 1.000 (1981)

Landverteilung: 20% der Bevölkerung besitzen 72% des bebauten Bodens

Einkommensverteilung: 5% der Bevölkerung erhalten 34% des Volkseinkommens

Geschichte

- 4.-9. Jht. Mittelpunkt des Alten Reiches der Maya
- 1523 Beginn der spanischen Eroberung
- 1821 Unabhängigkeit von Spanien
- 1839-71 Herrschaft der Konservativen, die die Interessen der Großgrundbesitzer und der Kirchenhierarchie vertraten
- 1871-98 Herrschaft der Liberalen. Einschränkung der Macht der Kirche, Demokratisierung und Übergabe von Indio- und Kirchenland an Großgrundbesitzer zum Kaffeeanbau
- 1898-1920 Diktatur von Estrada Cabezas. Eindringen der US-Monopole, darunter die United Fruit Company
- 1920 Sturz Cabezas. Anschließend Entwicklung einer revolutionären Massenbewegung. Teilweise bürgerkriegsähnliche Zustände
- 1931 Installierung der Diktatur Jorge Ubicos mit Hilfe der USA
- 1944 Durch Streiks und Demonstrationen wird Ubico zum Rücktritt gezwungen. Soziale und demokratische Reformen unter dem gewählten Präsidenten Juan José Arévalo
- 1950 Wahlsieg von Jacobo Arbenz Guzman. Vertiefung des Reformprogramms
- 1954 Sturz der Arbenz Regierung durch eine Söldnerarmee des CIA unter Castillo Armas. Unter seiner Diktatur wurden die Reformen rückgängig gemacht und die demokratischen Organisationen verboten
- 1960 Ein Aufstandsversuch fortschrittlicher Offiziere gegen die Diktatur von Miguel Ydigoras Fuentes (1958-63) wird niedergeschlagen. Ihre Führer Yon Sosa und Turcios Lima gehen in die Berge und bilden die Guerillaorganisation MR-13
- 1962 Massendemonstrationen gegen die Diktatur. Bildung der FAR aus MR-13 und Arbeiterpartei (PGT)
- 1963 Guatemala wird Gründungsmitglied des Mittelamerikanischen Verteidigungsrates (CONDECA)
- 1966/67 Durch eine „Counterinsurgency“-Kampagne gelingt es, die Guerilla aufzureiben
- 1973 Aufleben von Streiks und Demonstrationen
- 1974 Rios Montt gewinnt als Kandidat der DCG und FUR die Wahlen. Kjell Laugerud wird jedoch zum Präsidenten ernannt
- 1975 Wiederbelebung der Guerillaaktivitäten
- 1978 General Lucas Garcia wird zum Präsidenten „gewählt“
- 1979 Bildung der Demokratischen Front gegen die Repression (FDCR)
- 1982 Gründung von URNG und CGUP. Putsch durch Rios Montt nach Parlamentswahlen
- 1983 Putsch durch Mejia Victores

von P. Penados auf seiner Reise zum Vatikan im November 1983, daß in Guatemala „der Ertrag der Erde nicht dem gehört, der sie bearbeitet, weil das Grundeigentum sich in Händen weniger befindet, während die Arbeit auf unzählige Indios aufgeteilt wird, die nicht nur schlecht bezahlt, sondern auch in Ghettos eingeschlossen sind“, qualifizierte denn auch der Innenminister Lopez Sandoval als „beklagenswert, peinlich und antipatriotisch“.⁴

Außenpolitisch kann das neue Regime einige „Erfolge“ aufweisen. Zum einen ist das zentralamerikanische Militärbündnis CONDECA durch Mejia Victores (auf höhere Weisung) am 1.10.1983 wiederbelebt worden.

Zum anderen ist zwar mit dem Argument der Menschenrechtsverletzungen die wirtschaftliche Hilfe der USA an die guatemaltekeische Regierung im Dezember suspendiert worden, jedoch wird die Hilfe an den Privatbereich weitergezahlt und trotz des Widerstands seitens des US-Kongresses beabsichtigt die Reagan-Administration, entsprechend den Plänen der Mittelamerikakommission Henry Kissingers, Guatemala von 1984-90 4,5 Mrd Dollar Wirtschafts- und Militärhilfe zukommen zu lassen.⁵

Mejia Victores, der als „Falke unter Falken“ eingestuft wird, treibt die Kampagne des Völkermords und der „verbrannten Erde“ voran und hat sich einen ebenso eifrigen Generalstabschef, Oberst Lobos Zamora, zur Seite gestellt. Er hat 1981 und 1982 persönlich verschiedene Massaker in El Quiché und Huehuetenango geleitet.⁶

„Zivile Aktion“

Das Ziel der Counterinsurgency (Aufstandsbekämpfung; d. Red.) ist die Vernichtung der Guerilla, indem man sie von ihrer sozialen Basis trennt. Zur Verwirklichung dieser Strategie bedient sich die Counterinsurgency verschiedener Instrumente.

In der Stadt wurde die mit Regierungsunterstützung funktionierende Gewerkschaftsförderung CSG Anfang Dezember 1983 juristisch zugelassen.

In den Landregionen werden die Mitbestimmungsstrukturen der Gemeinden und Departements mittels „coordinadoras insitucionales“ (institutionelle Koordinationsgremien) neu organisiert. Hierbei handelt es sich um Gremien, deren Mitglieder zivile Funktionäre verschiedener Organisationen sind, die von der nächstgelegenen Militärbehörde ausgewählt werden.

Der ranghöchste Militär auf jeder territorialen Ebene ist auch Mitglied dieser Gremien und besitzt das Vetorecht und Disziplinierungsrechte. Zwecks dieser Gre-

mien ist es, die Bevölkerung zu Kommunalarbeiten zu verpflichten und sie vor „subversiven“ Einflüssen zu „schützen“.⁷

Ein weiterer Bestandteil der „zivilen Aktion“ sind die „Patrouillen der zivilen Selbstverteidigung“⁸ (PAC). Die PAC (insgesamt 600.000 Männer) haben Wachdienste zu schieben, dienen der Informationsbeschaffung für das Militär und werden periodisch zu „Säuberungsaktionen“ eingesetzt. Die Mitglieder werden u.a. gezwungen, „Guerilleros“ zu foltern und zu ermorden, als auch zur Vernichtung von Nahrungsmitteln und Vieh, Verbrennen von Holz und Hütten herangezogen.

Mit den PAC soll die Mobilisierung der Guerilla behindert werden, was diese zu großen Umwegen zwingt, wenn sie die Konfrontation mit den PAC, die in der Regel nicht der Feind sind, vermeiden will. Die Verpflegung der Guerilla soll erschwert werden. Ein Bespitzelungs- und Kontrollsystem wird geschaffen, um durch Einschüchterung den Kontakt zwischen Guerilla und ihrer Basis zu verhindern. Die Bevölkerung soll gezwungen werden, gegen die Guerilla zu kämpfen und auf diese Weise, quasi durch Komplizenschaft, „antisubversiv“ zu werden.

Internationale Forderungen nach der Auflösung der PAC überhört Mejia Victores genauso chronisch wie seine ausländischen Geldgeber.

Ein weiteres Element der Counterinsurgency sind die „aldeas modelos“ (Modelldörfer – AM). Nachdem die Bevölkerung durch die „Taktik der verbrannten Erde“ terrorisiert worden ist, geht das Regime dazu über, eben diese AM zu schaffen, wobei die verlassenen Gemeinden zwangsweise wiederbesiedelt werden.

Modelldörfer für „Subversive“

Wenn die Flüchtlinge, deren Anzahl auf mittlerweile 1 Mio geschätzt wird⁹, wegen der nicht mehr erträglichen Not aus ihren Zufluchtsorten zurückkommen, werden sie als Subversive bezeichnet und in den AM konzentriert. Die AM werden an strategischen Punkten installiert. Ihre Bewohner werden zur Teilnahme an Umerziehungsmaßnahmen und an den PAC verpflichtet und unterliegen dem Kriegsrecht: Eintritt und Verlassen des AM ist nur mit militärischer Erlaubnis möglich. Das Konzept der in den Konfliktzonen eingerichteten AM funktioniert wie folgt: Die Bewohner des AM erhalten Unterkunft, Arbeit und Nahrung. Zu diesem Zweck werden Fonds mobilisiert, die allerdings nur von solchen Institutionen vergeben werden, die von der Armee kontrolliert sind.



Vertriebene Indiobauern im Wehrdorf La Pista (oben); Counterinsurgency-Einheit der Armee in Quiché

Als Gegenleistung für den Erhalt von Essen und Unterkunft haben sich die AM-Bewohner für Arbeiten der „autoreconstrucción“ (selbständiger Wiederaufbau) zur Verfügung zu stellen.¹⁰ Mittels dieser öffentlichen Arbeiten (besser: Zwangsarbeiten) werden hauptsächlich Militärzwecken dienende Installationen und Wege errichtet wie beispielsweise die Straße zwischen Huehuetenango und El Quiché.

Dieses in den AM durchgeführte Programm „fusiles y frijoles“ (Gewehre und Bohnen) setzt im wesentlichen in denjenigen Konfliktzonen an, die wirtschaftlich darniederliegen, d.h. im Nordwesten. Die hierfür aufgebrauchten Mittel werden zu 30% für militärische Aktionen und zu 70% für „zivile Aktionen“, die von der Armee kontrolliert werden, verwendet. Anfang Januar d.J. kündigte Mejia Victores an, daß künftig die Errichtung von AM in größerem Maßstab erfolgen soll.¹¹

Das Counterinsurgency-Programm „fusi-

les y frijoles“, welches Ende 1981 unter dem damaligen Generalstabschef Benedicto Lucas Garcia initiiert worden ist, hat unter Mejia Victores eine Zentralisierung erfahren.

Die Counterinsurgency richtet sich gegen die Zivilbevölkerung und nicht direkt gegen die Rebellen um so „dem Fisch das Wasser zu entziehen“. Auch unter Mejia Victores wird sie etwas selektiver gehandhabt, aber weiter institutionalisiert. Völkermord, Flüchtlingsproblem und Konzentrationslager – so bezeichnet der guatemaltekeische Bischof Ramiro Pellecer am 11.8.1983 die AM – sind notwendige und beabsichtigte Konsequenz der Counterinsurgency. Diese ist Ausdruck einer sich jeder Art von Demokratisierung und Reform versperrenden Oligarchie.

Reaktivierter Widerstand

Die Counterinsurgency-Offensive bedeutete eine erhebliche Erschwerung jeglicher Massenarbeit der Opposition, insbesondere, wenn es zu Verlusten von Führungskräften der jeweiligen in der Regel illegal arbeitenden Massenorganisation kam.

Beispielsweise führte der Staatsterror an der Universität zur Ermordung wichtiger Studentenführer der Studentenvertretung AEU in den Jahren 1980-81. Bis Ende 1982 war die Kraft der Studentenbewegung im Abnehmen begriffen, und augenblicklich befindet sie sich im Prozeß des Wiederaufbaus¹². Dieser Zustand ist charakteristisch für alle Massenorganisationen. Sie befinden sich nach schweren Schlägen in zurückliegenden Jahren im Stadium der Reaktivierung.¹³ Vereinzelt kam es in der letzten Zeit zu verschiedenen Protestaktionen.¹⁴ Am 1.9.1983 streikten Studenten des Technischen Instituts der Landwirtschaft gegen Kürzungen. Am 15. Oktober 1983 wurden Meetings von verschiedenen Volksorganisationen gegen den Kissinger-Besuch veranstaltet. Am 22.10.1983 fand eine Demonstration von Arbeitslosen in der Hauptstadt statt. Am 10.11.1983 nahmen mehrere tausend Katholiken an der Beerdigung von Pater Augusto Ramirez Monasterio, der von Sicherheitskräften ermordet wurde, teil. Am 18.11.1983 besetzten Studenten die Universität von Quetzaltenango aus Protest gegen die geplante Studiengebührenerhöhung.

All diese Aktionen sind Anzeichen für die Fortexistenz des Widerstands auf dieser Ebene, der sich trotz der Erschwerung der Bedingungen unter Mejia Victores, die sich u.a. durch die neuerliche Bildung von Todesschwadronen ergeben hat, aufrechterhält.

Vereinigungsproklamation der URNG

Zusammenfassung der Vereinigungsproklamation der revolutionären Organisationen Guatemalas, Guerillaarmee der Armen (EGP), Rebellen Streitkräfte (FAR), Revolutionäre Organisation des Volkes in Waffen (ORPA) und Guatemaltekeische Partei der Arbeit – Kern der Nationalen Leitung – PGT/N, für das Volk Guatemalas und für die Völker der Welt. Mit tiefer Überzeugung in die guatemaltekeische Revolution und in die wehmütigsten Sehnsüchte unseres Volkes haben wir den Weg der revolutionären Einheit fortgesetzt, in welcher unser Volk die Gewähr sieht, daß dieses Mal seine Anstrengungen, Kämpfe und Opfer durch den Sieg gekrönt werden.

Die Einheit der guatemaltekeischen revolutionären Kräfte basiert auf der Strategie des revolutionären Volkskrieges, dem einzigen Weg, den die mächtigen in- und ausländischen Reichen zugelassen haben, und auf dem unser Volk seine endgültige nationale und soziale Befreiung erlangen kann.

Das guatemaltekeische Volk befindet sich heute in dem größten revolutionären Krieg seiner Geschichte, welcher schon mehr als 20 Jahre dauert und der sich augenblicklich praktisch auf das gesamte Territorium ausgeweitet hat. Es ist ein Krieg, an dem Arbeiter und Bauern, Indianer und Ladinos (Mestizen; d. Red.), Katholiken und Protestanten, Männer und Frauen aller patriotischen, volkstümlichen und demokratischen Sektoren teilnehmen.

Gegenwärtig erfährt die Macht der herrschenden Klassen die größte wirtschaftliche, politische und militärische Krise in ihrer Geschichte. Nur mittels der Repression halten sie die Macht noch aufrecht. Seit 1954 haben sie 83.500 Bürger aus politischen Gründen ermordet; allein im Jahr 1981 betrug die Zahl der Opfer ihrer brutalen Unterdrückung 13.500 Guatemalteken. Täglich wurden durchschnittlich 36 Personen ermordet, verschleppt oder verschwanden einfach.

Die herrschenden Klassen besaßen niemals den Rückhalt des Volkes und jetzt verloren sie auch noch die Unterstützung der Mittelschicht; das Ermorden seiner demokratischen Führungspersonlichkeiten verschließt jede Möglichkeit einer demokratischen Teilnahme an der Politik.

Hohe Militärs, Unternehmer und korrupte, repressive Staatsbeamte bilden die Gruppe der Neureichen. Durch Manipulation des Staatsapparates und durch die Kontrolle des Oberkommandos der Streitkräfte häufen sie Kapital an. Sie sind hauptsächlich für die wirtschaftliche, politische und soziale Krise wie sie Guatemala erlebt verantwortlich. (...)

Gegen eine siegreiche Entfaltung und Zunahme des revolutionären Volkskrieges und angesichts der Niederlage, die der Macht der herrschenden Klassen droht, bleibt unseren Feinden, um sie abwenden zu können, kein anderer Ausweg als der einer ausländischen Intervention. Die kriegerische Reagan-Administration hat die Militärhilfe für das blutrünstige guatemaltekeische Regime erhöht und fördert die Einmischung Israels, Argentiniens, Chiles, Taiwans und von Söldnerstreitkräften, die aus dem internationalen Abschaum angeworben wurden.

Mittelamerika und die Karibik bilden augenblicklich eine der Hauptkonfliktregionen. Außer der unbeugsamen Präsenz des revolutionären Kuba, gibt es in dieser Region heute

die glorreiche sandinistische Revolution an der Macht, die Revolution Grenadas, den heldenmütigen revolutionären Kampf des salvadorianischen Volkes und den siegreichen revolutionären Volkskrieg, der sich in Guatemala entfaltet. Die kriegerische Politik der Reagan-Administration wird von der gesamten fortschrittlichen Menschheit verurteilt. In Mittelamerika und der Karibik hat es vergebliche Versuche gegeben die Revolution aufzuhalten.

Angesichts der ersten Situation, in der sich unser Volk befindet, und angesichts des Risikos, das die Intervention des Imperialismus für die Völker Mittelamerikas und der Karibik darstellt, erklären die guatemaltekeischen revolutionären Organisationen, daß der einzig sichere Weg unseres Volkes die Erringung seiner endgültigen nationalen und sozialen Befreiung ist, indem es den revolutionären Volkskrieg vorantreibt, die völkermörderische Armee vernichtend schlägt, die Macht übernimmt und eine revolutionäre, patriotische, volksverbundene und demokratische Regierung errichtet.

Um dieses große Ziel zu erreichen, rufen wir dazu auf, eine große patriotische Front der nationalen Einheit zu bilden, die der Ausdruck der breitesten Allianz unseres ganzen Volkes ist, unter der Führung der revolutionären Avantgarde.

Wir, die revolutionären, politisch-militärischen Organisationen, die heute diese historische Einheit der guatemaltekeischen Revolutionäre proklamieren, richten einen brüderlichen Appell an den Teil der Guatemaltekeischen Partei der Arbeit (PGT), der sich noch immer nicht in die Praxis des revolutionären Volkskrieges eingegliedert hat, in die Diskussion über ihren Anschluß an die revolutionäre Einheit einzutreten; und zwar auf der Basis des Angleichens seiner Linie, auf der unwiderruflichen Basis der gegenseitigen Anerkennung und der Eingliederung in die Praxis, die auf der Strategie des revolutionären Volkskrieges fußt, und über die Basis der programmatischen Grundziele, die wir in dem vorliegenden Dokument als Nationale Revolutionäre Einheit darlegen.



Höhlenversteck, Vorrats- und Waffenlager der URNG

Prinzipielle Punkte für das Programm der revolutionären, patriotischen, volksverbundenen und demokratischen Regierung

Die Regierung, die wir in Guatemala errichten, verpflichtet sich vor dem Volk Guatemalas und vor den Völkern der Welt folgende fundamentalen Punkte ihres Regierungsprogrammes zu erfüllen:

1. Die Revolution wird der Repression gegen das Volk für immer ein Ende setzen und den Bürgern das Leben und den Frieden, die höchsten Rechte des Menschen, garantieren. Sie wird ein Regime, das sich das Recht nimmt, seine Gegner zu töten, um sich an der Macht zu halten, beseitigen.

2. Die Revolution wird die Grundlagen schaffen, um die Grundbedürfnisse des Volkes zu lösen hinsichtlich der Bodenfrage, der Arbeit, des Lohns, der Gesundheit, der Wohnung, der Alphabetisierung und der Kultur. Und sie wird Schluß machen mit der wirtschaftlichen und politischen Vorherrschaft der mächtigen, reichen in- und ausländischen Unterdrücker; Rücksicht nehmen auf den kleinen und mittleren Landbesitz, das Kapital patriotischer Unternehmer garantieren, die bereit sind daran mitzuwirken, Guatemala aus der Rückständigkeit und Abhängigkeit herauszubekommen, ohne daß die Wahrung der Interessen des Volkes eingeschränkt wird.

3. Die Revolution garantiert die Gleichstellung von Indianern und Ladinos, indem sie die kulturelle Unterdrückung und Diskriminierung beendet, die indianische Bevölkerung an der politischen Macht beteiligt und die Rechte, die sie zur Aufrechterhaltung ihrer Identität brauchen, anerkennt.

4. Die Revolution garantiert die Schaffung einer neuen Gesellschaft, in deren Regierung alle patriotischen, volksverbundenen und demokratischen Sektoren der Bevölkerung vertreten sind, die Achtung der Vereinigungsfreiheit, der Meinungsfreiheit und erkennt die christliche Gemeinschaft als einen Grundpfeiler der neuen Gesellschaft an. Am neuen Volksheer können alle diejenigen Offiziere und Soldaten sich beteiligen, die sich nicht die Hände mit dem Blut des Volkes beschmutzt haben.

5. Die Revolution garantiert eine Politik der Nichtpaktgebundenheit und der internationalen Zusammenarbeit, die die armen Länder brauchen, um sich in der komplexen und interdependenten Welt von heute entwickeln zu können, auf der Basis der Selbstbestimmung der Völker. Sie erkennt Investitionen des ausländischen Kapitals als nötig für die armen Länder an; aber dies müssen Vereinbarungen auf der Grundlage der Respektierung der nationalen Unabhängigkeit sein, welche die Bedürfnisse der armen Länder sowie die Rentabilität der ausländischen Investitionen angemessen berücksichtigen. Ohne politische Stabilität kann es keine internationale Zusammenarbeit geben, und diese ist trotz unterschiedlicher Regimes oder Ideologien möglich, immer dann, wenn das Recht eines jeden Volkes auf freie Entscheidung respektiert wird.

„...unser Volk stirbt lieber, als versklavt zu werden...!“

Guatemaltekeische Revolutionäre Nationale Einheit – URNG

(Quelle: COMUNICADO INTERNACIONAL, Guatemala, Februar 1982)



EGP-Guerillero: Trost für eine Frau

Die Counterinsurgency-Offensive stellte auch den bewaffneten Widerstand auf eine harte Probe. Konnten die militärischen Strukturen der Guerilla nicht zerschlagen werden¹⁵, so hat das Counterinsurgency-Programm jedoch deren Basis empfindlich getroffen.

Wenn dies generell für alle in der Guatemalteken Revolutionären Nationalen Einheit (URNG) vereinigten Guerillaorganisationen (ORPA (Revolutionäre Organisation des Volkes in Waffen), EGP (Guerillaarmee der Armen), FAR (Rebellische Streitkräfte) und PGT-N (Guatemaltekeische Partei der Arbeit – Nationaler Führungskern)) gilt, so trifft dies speziell für die im Nordwesten (El Quiché, Huehuetenango) operierende EGP zu. Sie war dort Ende 1981 stark geworden, konnte aber wegen fehlender objektiver Bedingungen (u.a. Waffen) einen Aufstand nicht durchführen.

Rolando Moran, EGP, drückt es folgendermaßen aus: „Wir überschätzten unsere Fähigkeiten. Die Fehler, die wir begingen, waren so ernst, daß sie Anlaß gaben zu Abweichungen, die in einem Versuch der Insubordination mündeten, in welchem 2 Militärschefs, Mitglieder der Nationalen Leitung, verwickelt waren.“¹⁶

Ein Vergleich der Anzahl der Operationen der Guerilla zwischen 1981 und 1982 zeigt, daß 1982 ein Rückgang derselben zu verzeichnen war, sowohl auf dem Land als auch in der Stadt. Anfang 1983 hatten sich insbesondere ORPA als auch FAR soweit erholt, daß sie wieder in der Lage waren, dem Gegner Schläge zuzufügen¹⁷. Im Mai/Juni 1983 kam es zu einer Häufung von Guerilla-Aktionen, bei denen die EGP wieder etwas verstärkt in Erscheinung trat¹⁸ und andererseits erstmalig Einheiten zweier verschiedener Organisationen der URNG unter einheitlicher Führung vereint kämpften.

Seit Oktober 1983 ist seitens der revolu-

tionären Organisationen eine verstärkte Aktivität festzustellen. Die FAR entführte die Schwester von Mejia Victores; die PGT den Prensa Libre-Direktor, Pedro Julio Garcia. In beiden Fällen wurde die Veröffentlichung einer Anzeige in wichtigen Zeitungen Guatemalas erreicht.

Die militärischen Aktionen nahmen (teilweise auch saisonal bedingt) Ende Oktober, d.h. seit der US-Invasion in Grenada am 25.10.1983, zu. In diesen Aktionen wurde deutlich, daß es leichte qualitative Verbesserungen gibt: Bei verschiedenen Gelegenheiten agierten die Guerillaeinheiten in der Größe von Kompanien; die Auseinandersetzungen mit dem Feind dauerten mehrere Stunden; die Häufigkeit der Auseinandersetzungen nahm leicht zu.

Im November 1983 wurde der Armee mit dem Tod von Oberst Rebulli ein wichtiger Schlag versetzt, der einen Eingriff in ihre Struktur bedeutet. Die militärischen Aktivitäten nahmen in erster Linie in ORPA-Gebieten, aber auch im Petén (FAR) und weniger stark im Nordwesten (EGP) zu. Auch in der Stadt Guatemala („Frente Urbana“) nahm die Aktivität der bewaffneten Widerstandsgruppen wieder merklich zu, wie die Anschläge auf die Botschaften von Honduras, El Salvador und den USA und auf etliche Polizeistationen zeigen.

Generalisierung des Guerillakrieges

Im Dezember 1983 waren insgesamt 33 Aktionen der Guerilla zu verzeichnen.¹⁹ Wenn auch der Staatsstreich von Mejia Victores nicht direkt von den Guerillaorganisationen zu ihren Gunsten ausgenutzt werden konnte, so ist ein graduelles Wiedererstarren festzustellen. Einerseits zeigt sich dies an der „Frente Urbana“, andererseits daran, daß die Guerilla mit ihren Aktionen im letzten Quartal 1983 bewiesen hat, daß sie in der Lage ist, die guatemalteken Streitkräfte auf nationalem Territorium zu binden.

Letzteres wurde selbst in offiziellen Äußerungen deutlich: Mejia Victores sagte, daß Guatemala nicht an regionalen Manövern teilnehmen werde, weil es sich selbst schützen müsse²⁰.

Der Kissinger-Plan, der auch verstärkte Hilfe der USA für das Militärregime Guatemalas vorsieht, hat Mejia Victores jedoch wohl dazu bewogen, einer Teilnahme an den US-Manövern Grenadero I in Honduras im Juni d.J. zuzustimmen. Zum Zustand der Guerilla bemerkte Pablo Monsanto, FAR, daß „der Feind keinen Erfolg gegen die Guerilla erlangt hat. Das heißt, er hat Verluste verursacht, aber diese sind minimal. Warum, weil es jetzt eine Generalisierung des Guerilla-

krieges gibt.“²¹

Dies bedeutet, daß die Armee trotz eines erheblichen Kraftaufwandes, der sich in der Schaffung von Militärbasen in jedem Departement bzw. deren Erweiterung widerspiegelt, nicht fähig ist, mit der Guerilla Schluß zu machen. Jede einzelne der vier Organisationen hat in unterschiedlichem Maße Fortschritte in der eigenen Konsolidierung erzielt und damit auch den besten aktuellen Beitrag zur Einheit geleistet.

Anmerkungen:

- 1) El Día, Mexico, 7.6.1983
- 2) Vgl. „Boletín No. 1 de la delegación unitaria que representa a las fuerzas de la oposición guatemalteca en la 38. período de sesiones de la asamblea general de la ONU“
- 3) El Día, 23.1.1983
- 4) Noticias de Guatemala, Mexico, 15.12.1983
- 5) Vgl. Report of the National Bipartisan Commission on Central America, Washington 1984, S. 65
- 6) Siehe: El Día, 5.12.1983
- 7) Vgl. Zeitschrift NEXOS Mexico, Juli 1983
- 8) Einzelheiten der Abschnitte über die Zivilpatrouillen und Modelldörfer sind dem bislang unveröffentlichten Dokument „Guatemala – La Contrasurgencia de Rios Montt“, Mexico 1983, entnommen.
- 9) Vgl. Comité Justicia y Paz, Situación de Derechos Humanos en Guatemala, Guatemala 1982, S. 68
- 10) Im Februar 1983 z.B. hatte das nationale Landwirtschafts-Vermarktungsinstitut (INCA) zu diesem Zweck 65.000 Quintales Mais und Bohnen an das Verteidigungsministerium abzuführen.
- 11) Siehe: El Día, 2.1.1984
- 12) CERIGUA-Especial, Managua, 20.11.1983
- 13) Siehe ebenda
- 14) Vgl. Noticias de Guatemala, 15.12.1983
- 15) Le Monde Diplomatique (Español), September 1983
- 16) Compañero, Nr. 7/November 1983
- 17) Siehe: Le Monde Diplomatique, September 1983
- 18) Vgl. El Día, 25.6.1983
- 19) Siehe: El Día, 2.1.1984
- 20) El Día, 23.12.1983
- 21) Martha Harnecker, Pueblos en Armas, Mexico 1983, S.33

Aufruf zum Verpackungsboykott

Die Zeitschrift „öko päd“ fordert in ihrer Oktoberausgabe dazu auf, nicht weiter für Kauf- und Warenhäuser die Müllabfuhr zu bezahlen. Ein großer Teil des Hausmülls besteht aus Verpackungsabfällen. Die Beseitigung muß der Käufer zahlen; die Herstellung natürlich auch. Sparen tun die Warenhäuser, nämlich Personal.

Die Verpackung sollte man im Geschäft lassen und außerdem Geld zurückfordern. Nämlich für den Müll, den man mit nach Hause nehmen muß und für die Verpackung, die man notgedrungen mitkaufen mußte (ca. 7% des Warenpreises).

Eine ausführliche Begründung für diese Aktion und weitere Beiträge und Ideen zum Thema „Müll“ gegen DM 6,— bei „öko päd“, Am Thasberg 30, 6149 Rimbach 3.

Ich bitte um Zusendung von Probeexemplaren an:

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

An

AIB-Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46

3550 Marburg 1

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

An

AIB-Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46

3550 Marburg 1

Der umseitig aufgeführte neue AIB-Abonnent wurde von mir erworben:

Mein Name: _____

Meine Adresse: _____

Mein Prämienwunsch aus dem AIB-Angebot:

**Bestellliste**

Stück	Artikel	Einzel-Preis	Gesamt-Preis
_____	Kaffee aus Nicaragua 1 Pfund	12,00	
_____	Plakatmappe Nicaragua Sonderpreis	12,00	
_____	Graphikmappe , Rafael Cabrera, (ab 10 Ex. 8,00 DM)	10,00	
_____	Schallplatte „Por la Paz“ der Salvadorianischen Gruppe Banda Tepevani	16,50	
_____	Broschüre „Eine neue interameri- kanische Politik für die 80er Jahre“, Geheimdokument des Komitees von Santa Fe für den jetzigen US-Präsidenten Reagan, DIN A5, 48 Seiten (ab 10 Exemplare 2,70 DM)	3,00	
_____	T-Shirt, weiß mit Aufdruck „FMLN-EI Salvador vencera“ und einem FMLN-Kämpfer Größen 4, 5 und 6	15,00	
_____	Anhänger ASK-Taube aus Silber	14,00	
_____	Anhänger ASK-Minitaube aus Silber	9,00	
_____	Silberkettchen , dazu passend	7,00	
_____	Ohrhänger ASK-Taube aus Silber, an Kettchen m. Stecker, Paar	27,50	
_____	Ohrstecker ASK-Taube aus Silber, Paar	19,80	
_____	Ohrhänger ASK-Taube aus Silber, an Silberbügel, Paar	23,00	
_____	Anstecker ASK-Taube aus Silber	19,00	
_____	Anhänger ASK-Taube aus Ton, braun oder blau	5,00	



**Hände weg
von Nicaragua!**

**den Aufbau
unterstützen...**

...Kaffee

**aus
Nicaragua
trinken!**

**1
Pfund
12,-DM**

Bitte
freimachen

POSTKARTE

Absender:



Four vertical lines for the recipient's address.

An
Solidaritätsshop
Dritte Welt
Mainzer Landstraße 15

6000 Frankfurt/Main 1



Plakatmappe „Nicaragua Libre!“ mit 15 Plakaten aus dem freien Nicaragua, DIN A3, alle Plakate mehrfarbig, Sonderpreis 12,— DM



Graphikmappe des salvadorianischen Künstlers Rafael Cabrera, 5 Blätter, dazu je ein Blatt mit Gedichten von Neruda, Cardenal, Vega, DIN A4 Überformat, s/w, Stück 10,— DM



Anhänger ASK-Taube, gold, 78,00 DM.

Anhänger ASK-Taube aus Silber, Stück 14,— DM



Postkartenmappe 6 Postkarten mit Motiven des palästinensischen Künstlers Burhan Karkutli, s/w,

3,— DM



Bernd Graul

Krise ohne Unterlaß

Am 27. Dezember 1983 schrieb die mexikanische Tageszeitung El Dia, daß die gegenwärtige Kaffeernte in Guatemala 30% weniger Ertrag bringen würde als im Vorjahr. Außerdem seien der guatemaltekischen Wirtschaft aufgrund der Schließung der Grenze durch die Regierung von El Salvador bislang 50 Mio Dollar verlorengegangen.

Zwei Beispiele, die das Chaos verdeutlichen, in dem sich die guatemaltekische Wirtschaft momentan befindet.

Der Unternehmerverband CACIF (Koordinationskomitee der Vereinigungen des Landwirtschafts-, Handels-, Industrie- und Finanzsektors) knüpfte an den Regierungsantritt von General Mejia Victores am 8. August 1983 vor allem drei Erwartungen: Zerschlagung der revolutionären Volksbewegung; baldige Wiederherstellung der Konstitutionalität (Verfassungsmäßigkeit; d. Red.), um die internationale Isolierung zu überwinden; Maßnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft.

Wirtschaftliche Talfahrt

Doch die neue Regierung hatte ein schweres Erbe übernommen. 1982 war für die guatemaltekischen Unternehmer das schwärzeste Jahr ihrer jüngsten Geschichte.

Das Wirtschaftswachstum ging um 5% zurück (1977: +7,7%; 1981: +1,8%)¹; öffentliche sowie Privatinvestitionen sanken um 29,8%² bzw. 10%, die Auslandsverschuldung betrug Ende 1983 1,297 Mrd Dollar³ und das Außenhandelsdefizit erhöhte sich im Laufe des Jahres 1981 von 30 auf 200 Mio Dollar.

Fast kein Bereich der Bourgeoisie blieb von dieser Entwicklung verschont. Der traditionell dominierende Agrarexportsektor litt vor allem unter sinkenden Weltmarktpreisen und schrumpfender Nachfrage.

Aufgrund des Rückgangs der Quoten für den Export von Kaffee gingen die Einnahmen dieses wichtigsten Devisenbringers (35%) 1982 um 6% zurück. 1983 verminderte sich die Kaffeeproduktion um weitere 13%. Bessere Preise und eine höhere Exportquote konnten die Verluste nicht auffangen. Die Exporteinnahmen verringerten sich um 8%.⁴

Zu ähnlichen Exportverlusten kam es auch beim Zucker, und beim Fleisch. Der Baumwollexport, der bereits 1982 von 170 Mio Dollar auf 70 Mio zurückgegangen war, verringerte sich 1983 abermals um 20%.⁵

Trotz dieser zum Teil gewaltigen Einbußen verzeichneten jedoch nicht alle Produzenten Verluste in ihren Bilanzen. Vor allem Großgrundbesitzer konnten den Kostendruck entweder auf ihre Arbeiter oder auf die Kleinproduzenten abwälzen.

Am stärksten von der Krise betroffen ist die Industrie, die im Vergleich zu den anderen Ländern Mittelamerikas in Guatemala am weitesten entwickelt ist. Sie litt vor allem unter der gesunkenen Kaufkraft im Lande (private Nachfrage: -3%; industrielle Nachfrage: -6% 1982²), unter dem weitgehenden Zusammenbruch des Gemeinsamen Mittelamerikanischen Marktes (MCC) sowie unter der Devisenknappheit. Letztere ist die häufigste Ursache für den Mangel an Ersatzteilen und Rohstoffen, die zum großen Teil aus dem Ausland importiert werden müssen.

Der weitere Ausbau der Erdölförderung kommt nicht zuletzt wegen der zögernden Haltung ausländischer Investoren nur langsam voran.

1982 kam es insgesamt zu 189 Unternehmenszusammenbrüchen⁶ und zahlreiche Multis gaben Guatemala als Produktionsstätte auf, unter ihnen Nestlé, Kerns, SEARS, Centro Hogar und Coca Cola (siehe Kasten).⁷

Durch Preissteigerungen versuchen viele Produzenten dem erhöhten Kostendruck zu entgehen. Eine Maßnahme, die jedoch nicht nur die Käufer, sondern auch den Handelssektor trifft. Zu den bezüglich der Industrie genannten Gründen für den Rückgang der Geschäftstätigkeit kommt in diesem Bereich noch die faktische Abwertung des Quetzal gegenüber dem Dollar um 35% hinzu.

Der Touristikbereich schließlich, dritt-wichtigster Devisenbringer, hat 1983 Einkommensrückgänge um 50% zu verzeichnen gehabt. Hauptgrund ist die gefährliche politische Situation im Lande. Dies veranlaßte das US-Außenministerium 1980 in seinem „Reise-Ratgeber“ den US-Bürgern zu empfehlen, das Land aus Sicherheitsgründen zu meiden. Auswirkungen dieses Boykotts wurden in einer Verlautbarung der Touristikindustrie vom 2. August 1983 deutlich, in dem die Unternehmer sich beklagten, 30 mittlere Hotels stünden vor dem Konkurs.⁸



Landarbeiter auf einer Kaffeeplantage

Alles in allem ein düsteres Bild einer Volkswirtschaft, die sich in ihrer tiefsten Krise seit 1932 befindet. Und die Unternehmer scheinen kaum Zuversicht in die baldige Überwindung der Depression zu haben. Sie bevorzugen es, ihr Kapital ins Ausland zu transferieren (1982: 100 Mio

Dollar⁹), wo inzwischen nach Aussagen des ehemaligen Regierungschefs Rios Montt (vom 15.2.1983) 1 Mrd Dollar deponiert sein sollen.¹⁰

Dem CACIF, 1957 auf Betreiben der USA gegründet, gelingt es zusehends weniger, die Widersprüche zwischen seinen einzelnen Mitgliedern zu lösen. Das CACIF wird immer offensichtlicher zum Machtinstrument der dominierenden Fraktion der Agrarexporteure zur Durchsetzung ihrer eigenen Interessen.

Mejias Scheinzugeständnisse

Die Maßnahmen, die General Mejia Victores zur Überwindung der Krise ergriff, unterscheiden sich nur unwesentlich von denen seines Vorgängers im Amt.

Durch die Ernennung von Fernando Anrade Díaz-Durán zum Außenminister machte der General deutlich, daß er Priorität auf die Wirtschaftspolitik legen will. Anrade, ehemaliger Wirtschaftsberater unter Präsident Kjell Laugerud (1974-78), verfügt sowohl über enge Verbindungen zum CACIF als auch über gute Kontakte zur ausländischen Geschäftswelt.

Seine ersten Auslandsreisen nach Mittelamerika, den USA und Europa verfolgten auch das Ziel, Vertrauen in die guatemaltekeische Wirtschaft wiederherzustellen, den mittelamerikanischen Markt zu beleben und Kredite zu erhalten.

Ein gewisser Erfolg besonders in der letzten Frage blieb dabei nicht aus. Im Oktober 1983 rühmte sich Finanzminister Figueroa Villate, daß Verhandlungen über eine Reihe von Krediten in Höhe von 360 Mio Dollar kurz vor dem Abschluß stünden. Darin enthalten ist u.a. eine 125-Mio-Dollar-Zusage des Internationalen Währungsfonds (IMF) zur Stützung der Außenhandelsbilanz, deren erste Rate über 13,5 Mio Dollar im September 1983 ausgezahlt wurde.

Dieser Vertrag war schon unter Rios Montt ausgehandelt, aber wie üblich auch an gewisse Auflagen gebunden worden. Die umstrittenste unter ihnen war die „Steuerreform“, die am 1. Juli 1983 in Kraft trat. Hauptbestandteil war die Einführung einer Mehrwertsteuer von 10%, die Aufhebung der Exportsteuern, die Vereinfachung des Imports von Rohstoffen und Ersatzteilen sowie die Vergünstigung von Krediten für landwirtschaftliche Produzenten.

Hauptnutznieser dieser Reformen sind somit die Agrarexporteure. Hauptleidtragende die Konsumenten, auf die 83% der Steuerlasten entfallen. Indirekt sind auch der Handels- und Industriesektor betroffen, die deshalb auch zum Hauptgegner dieses Gesetzes im Unternehmerlager wurden.

Mejia Victores hielt an dieser Steuerpolitik zur Erhöhung der Staatseinnahmen fest, um die immer teurer werdende Kriegführung zu finanzieren. Er machte lediglich einige Scheinzugeständnisse an seine Kritiker. Er reduzierte die Mehrwertsteuer zwischenzeitlich um 3%, führte aber gleichzeitig die sog. „Kassensteuer“ von 3% auf alle Verkäufe ein. Im Oktober 1983 stellte die Regierung die alte Rate von 10% wieder her.

Mit der Absetzung des Landwirtschaftsministers Sandoval Villeda und der Ernennung des Viehexporteurs Nájera Fanfán Ende August 1983 setzte die Regierung ein deutliches Zeichen gegenüber Agrarreformvorschlägen von Seiten der US-amerikanischen Internationalen Entwicklungsagentur (AID) und des Landwirtschaftsministeriums.

Als Antwort auf seine Entlassung und zur Begründung des von ihm mitausgearbeiteten Programms erklärte Sandoval: „Wenn wir keine Reformmaßnahmen bezüglich der Landverteilung ergreifen, öffnen wir die Tür für eine Agrarrevolution mit großem Blutvergießen.“¹¹

Wahlen zwischen Pest und Cholera

Vor allem Kaffeebarone und Viehzüchter befürchteten jedoch Landenteignungen in größerem Umfang. Die „Asociación Guatemalteco del Agro“ (Guatemaltekeischer Landwirtschaftsverband) und die rechtsradikale Bewegung der Nationalen Befreiung (MLN) waren deshalb die entschiedensten Protagonisten des Amtswechsels.

Am 16. September 1983 unterzeichnete Mejia Victores ein neues Erdölgesetz, das den weiteren Ausverkauf dieses wichtigen Rohstoffs ans Ausland vorbereitete. Statt wie bisher 45% sind jetzt bis zu 70% Auslandsbeteiligung an der Ausbeutung der reichhaltigen Vorhaben¹² erlaubt.

Diese Einladung an die multinationalen Konzerne nahm im November 1983 als erstes Texaco an und beschloß, 40 Mio Dollar innerhalb der nächsten 3 Jahre für den Ausbau von drei Förderzentren zu investieren.

In den letzten Jahren verschlechterten sich vor allem die für Guatemala traditionell vorteilhaften Handelsbeziehungen mit den anderen Mitgliedern des MCC. 1982 verzeichnete das Land zwar noch immer einen Überschuß von 122 Mio Dollar aus dem Warenverkehr mit seinen südlichen Nachbarn. Aber im Vergleich zu den Vorjahren gab es einen deutlichen Rückgang (1980: 259; 1981: 184 Mio). Hauptabnehmer für industrielle Erzeugnisse ist dabei noch immer Nikaragua.

Eine im Oktober 1983 dekretierte Reduzierung der Ausfuhren rief deshalb die energischen Proteste der „Industriekam-

mer“ hervor. Sie verstärkten sich, als Kostarika, Honduras und El Salvador protektionistische Maßnahmen gegen guatemaltekeische Warenströme ergriffen. Nach bilateralen Verhandlungen wurden die Reduzierungen zurückgenommen.

Die wirtschaftliche Talfahrt und die Zuspitzung der inneren Widersprüche wird sich auch in diesem Jahr fortsetzen. Doch bei allem, was die verschiedenen Sektoren der herrschenden Klasse voneinander trennt, in einem sind sie sich einig: in ihrer Gegnerschaft zu den breiten Volksschichten.

Sie sind es, die auch in Zukunft die Hauptlasten der Krise zu tragen haben. Schon jetzt ist die soziale Lage der Mehrheit der Bevölkerung erschreckend: 41,9% Arbeitslosigkeit, Wohnungsmangel für 3 Mio Landbewohner, 800.000 Kinder ohne Schulbildung, 3,3 Mio Landbewohner ohne Trinkwasserversorgung, eine der höchsten Säuglingssterblichkeitsraten der Welt (81,1 auf 1.000). Laut Angaben der Vereinten Nationen leiden 62% der städtischen und 80% der ländlichen Bevölkerung an Hunger.¹³ Hinzu kommt die Repression. Gegen die Volksorganisationen richtet sich auch weiterhin die „Counterinsurgency“-Strategie (siehe Beitrag von F. Bushin) der Militärs.

Die „Rückkehr zur Konstitutionalität“, eine der Versprechungen Mejia Victores in seiner ersten Regierungserklärung nach dem Militärputsch, wird daran nichts ändern.

Besonders von zwei Seiten ist der General zur Einhaltung dieser Zusage gezwungen worden. Die einzelnen Fraktionen der Bourgeoisie wollen endlich wieder einen direkten Einfluß auf die Regierungspolitik ausüben können. Sie wollen stabile bürgerlich-demokratische Verhältnisse, in denen sie ihre Interessenunterschiede auf parlamentarischem Wege



Von der Armee Verschleppte kehren selten wieder



Wahlkampf 1982: Rechte unter sich

austragen können. Die Militärs sollen in die Kasernen zurückkehren und sich ausschließlich der „Counterinsurgency“, der Aufstandsbekämpfung, widmen. Die Politik soll den Parteien überlassen werden.

Eine Vorstellung, die den an 20 Jahren Machtausübung gewöhnten Militärs etwas fremd erscheint. Der alternde Vorsitzende der ultrarechten MLN (Mitinitiator der letzten zwei Umstürze), Alarcón Sandoval, warf deshalb der Militärführung im Oktober 1983 vor, sich nicht als Übergangsregierung zu verstehen und von ihren „ursprünglichen Zielen und Perspektiven abgewichen zu sein“¹⁴. Er verlich damit erneut den Forderungen aller 29 Parteien vom 11. August 1983 nachdruck, am 1. Juli d.J. Wahlen zu einer „Konstituierenden Versammlung“ durchzuführen.

An solchen Wahlen werden sich linke Vertreter kaum beteiligen können, da es keine Garantien für den Schutz ihrer körperlichen Unversehrtheit gibt. Die repressive Struktur der Gesellschaft, der Terror staatlicher Organe und paramilitärischer Gruppen gegen die Volksorganisationen bleibt bestehen. Den Wählern bietet sich somit lediglich die Alternative



zwischen Pest und Cholera, denn alle Parteien die bisher ihre Kandidatur angemeldet haben, stammen aus dem bürgerlich-konservativen bis hin zum faschistischen Lager.

Der zweite Interessent an der Einhaltung des Wahlversprechens sind die USA. Sie brauchen die Wahlfarce zum einen, um die Opposition im eigenen Land zu beschwichtigen und endlich wieder Waffen und Wirtschaftshilfe in größerem Umfang an das mittelamerikanische Land liefern zu können. Seit der Weigerung Präsident Carters (1977), Guatemala weiterhin mit Kriegsmaterial zu versorgen, waren die Militärdiktaturen in den folgenden Jahren überwiegend auf Waffenlieferungen aus Israel angewiesen.

Andererseits möchte die Regierung Reagan mit der Durchführung von Wahlen in Guatemala und El Salvador 1984 ein Exempel statuieren und die Sandinistas unter Druck setzen, ebenfalls „demokratische Wahlen“ zu veranstalten. Dabei sollen in der Propaganda der USA die beiden nördlichen Nachbarländer Nikaraguas auch das Beispiel für ein „demokratisches Wahlsystem“ nach den Vorstellungen der USA geben.

Diesem Druck von zwei Seiten scheint Mejia Victores mittlerweile nachgegeben zu haben. Ende Dezember 1983 erklärte der General sich bereit, den Wahlgesetzentwurf mit Vertretern der Parteien zu diskutieren und bestätigte endgültig den 1. Juli 1984 als Termin für den ersten Urnengang.

Die zweite Voraussetzung für die Intensivierung der Hilfsmaßnahmen Washingtons an Guatemala erfüllt das Land hingegen nach wie vor nicht: Ein Ende der Menschenrechtsverletzungen, wie es größere Teile der Öffentlichkeit und des Kongresses der USA fordern.

US-Botschafter Chapin erklärte zwar am 7. November letzten Jahres: „Es gibt keine Massaker, Entführungen und Morde, in Guatemala passiert nichts dergleichen.“ Am selben Tag jedoch ermordeten Unbekannte den Pfarrer Augusto Ramirez Monasterio. Damit fiel zum zweiten Mal seit der Regierungsübernahme Mejia Victores ein Kirchenvertreter dem Terror zum Opfer, was sowohl energische Proteste der katholischen Bischofskonferenz als auch des Vatikan hervorrief.

Am 16. Dezember 1983 verurteilte darüber hinaus die Vollversammlung der Vereinten Nationen die Verletzung der Menschenrechte und forderte die guatemaltekeische Regierung auf, die Massaker und die allgemeine Repression sowie die zwangsweise Vertreibung von Menschen zu beenden und das Schicksal von tausenden Verschwundenen aufzuklären. Verantwortlich für diese Völkermordpolitik waren in erster Linie Präsident Ríos Montt und sein Verteidigungs-

nister General Mejia Victores als oberster Chef dieser „Counterinsurgency“-Strategie.

Die Bilanz seiner 16monatigen Amtszeit ist erschreckend: 15.000 Tote, 300 völlig zerstörte Dörfer, über 1 Mio Flüchtlinge.

Und in seiner Doppelfunktion als Regierungschef und Verteidigungsminister sorgt Mejia zum Schrecken der Guatemalteken und der Weltöffentlichkeit für Kontinuität in seiner Politik.

Katholische Kirche auf Distanz

Deshalb hat sich auch die Kluft zwischen Regierung und katholischer Kirche nicht geschlossen, im Gegenteil.

Der damalige Vertreter des verstorbenen Erzbischofs Casariegos Ramiro Pellecer bescheinigte Mejia Victores nach seiner Regierungsübernahme zwar einen „guten Willen und beste Disposition“. Aber trotz der Absichtserklärungen des Generals, den Einfluß der fundamentalistischen Sekte seines Vorgängers zurückzudrängen und vertrauensvolle Beziehungen zur katholischen Kirche wiederherzustellen, änderte sich seit dem 8. August 1983 nicht viel.

Für die protestantische Theologin Julia Esquivél (siehe Kasten) kommt es darauf an, was man unter „Beziehungen“ versteht, um zu beurteilen, ob es zu einer Versöhnung zwischen Kirche und Staat gekommen ist. „Wenn Beziehungen schöne Worte sind, dann ja. Aber man muß die Taten sehen. Sie ermordeten einen Priester, brachten einen Seminaristen um und nahmen einen Pater des Maryknoll-Ordens gefangen, dem sie vorwarfen, Waffen transportiert zu haben.“ Und zu diesen (Un-)Taten der Militärregierung kommt auf der anderen Seite die Ernennung von Monseñor Prospero Penados zum neuen Erzbischof von Guatemala. Damit steht ein Mann an der Spitze der katholischen Kirche, der als Bischof von San Marcos die Leiden des Volkes kennenlernte, der die Dörfer besuchte und mit den einfachen Menschen sprach. Er ist ein Mann, der nicht wie sein erzkonservativer Vorgänger Casariegos durch die politisch Mächtigen korumpiert ist, sondern sich auf die Seite der Schwachen und Unterdrückten stellt.

Die Widersprüche zwischen den einzelnen Teilen der Bourgeoisie haben im Zuge der Verschärfung der Wirtschaftskrise weiter zugenommen. Die außenpolitische Isolierung des Militärregimes ist gewachsen. Innenpolitisch ist es starkem Druck der politischen Parteien der Rechten ausgesetzt und die Distanz zur katholischen Kirche hat sich vergrößert.

In der Mittelamerikapolitik hat Mejia Victores nicht die erhoffte militärische

Gespräch mit Julia Esquivel Christen im Widerstand



Messe eines Guerillapriesters für die Opfer eines Massakers

Julia Esquivel ist protestantische Theologin und Mitbegründerin der ökumenischen Menschenrechtsorganisation „Pro Justicia y Paz“ (Für Gerechtigkeit und Frieden). Sie lebt seit 1980 in Genf im Exil.

FRAGE: Was hat sich im Verhältnis der katholischen Kirche zu den Regierenden seit dem Militärputsch vom 8. August 1983 geändert?

J. ESQUIVEL: Im Grunde gar nichts. Ich glaube einer der Gründe für den Wechsel von Ríos Montt zu Mejía Victores war die Geringschätzung der katholischen Kirche durch Ríos Montt. Und die Überschätzung der Macht seiner Sekte „El Verbo“.

Mejía Victores ist Katholik aus Trägheit, weil die Mehrheit katholisch ist, aber nicht aus Überzeugung. D.h. er hat keinen richtigen Glauben, keinen authentischen Glauben. Er ist Katholik, weil er getauft wurde, kirchlich heiratete und man ihm einmal die Totenmesse lesen wird. Nicht aus Überzeugung.

Als General und als Mitglied einer der Fraktionen der „Counterinsurgency“ (Aufstandsbekämpfung; d. Red.) in der Armee ist Mejía Victores gegen die Kirche. Warum? Weil die Doktrin der Nationalen Sicherheit, weil das Dokument von Santa Fé (Papier der Reagan-Berater für die US-Lateinamerikapolitik von 1980, vgl. AIB 1/1982, S. 10ff.; d. Red.) die Grundlage seiner Ideologie und die Basis aller „Counterinsurgency“-Programme sind. Und diese Konzeptionen behaupten, gewisse Sektoren der katholischen Kirche seien Kanäle des Kommunismus.

In diesem Zusammenhang sehen sie als Ideologen, als Politiker und als Militärs die „Theologie der Befreiung“. Aber die „Theologie der Befreiung“ ist so alt wie das Evangelium.

FRAGE: Aber das ist nicht die Position der ganzen Kirche. Die Hierarchie ist doch in ihrer Mehrheit konservativ?

J. ESQUIVEL: Das hängt davon ab, was man unter Kirche versteht.

Ich verstehe darunter das Volk der Gläubigen. Die Gemeinden, die den Glauben mit Leben erfüllen, die das Evangelium in die Tat umsetzen. D.h. ich spreche von der Mehrheit der Christen. Von den Bauern des Hochlan-

des, von den Arbeitern. Und sie befinden sich im Kampf um ihre Befreiung, im revolutionären Volkskrieg. Und zwar weil sie Hunger haben, weil ihr Magen leer ist, weil sie keine ärztliche Versorgung haben, weil sie keine gerechten Mindestlöhne empfangen. Und für mich ist das die Kirche.

Nun, die Hierarchie, für sie ist es sehr schwierig, das Projekt der Befreiung zu unterstützen. Denn sie haben schöne Ringe, teure Autos, können reisen, so oft sie wollen, essen ohne zu arbeiten. Folglich ist es ganz natürlich, daß die die keine Opfer von Unrecht sind, sich vom Volk entfernt haben.

Aber es gibt Ausnahmen. Monseñor Prospero Penados, der erst kürzlich ernannte neue Erzbischof ist eine solche Ausnahme. Penados war Bischof der Diözese San Marcos. Ich habe ihn früher jeden Monat besucht und konnte mich überzeugen, daß er die Dörfer besuchte, daß er mit den Bauern sprach. Er ist ein Mensch, der die Leiden des Volkes bewußt wahrnimmt.

Mit seinem Vorgänger Casariegos konnte man nicht sprechen. Er war ein unheilbringender Mensch, ein immerwährender Dissident, der Unaufrichtigkeit in der Episkopalkonferenz provozierte. Man kann Casariegos nicht mit Penados vergleichen.

FRAGE: Und wie sieht es mit der Versöhnung zwischen Kirche und Staat aus?

J. ESQUIVEL: Ich habe eine Äußerung von Penados gehört, daß sich die Beziehungen verbessert hätten. Wenn Beziehungen schöne Worte sind, dann ja. Aber man muß die Taten sehen.

Sie ermordeten einen Priester, brachten einen Seminaristen um und nahmen einen Pater des Maryknoll-Ordens gefangen, dem sie vorwarfen, Waffen transportiert zu haben. Wir sehen nicht nur die schönen Worte oder wie oft man sich gegenseitig besucht, sondern die Taten. Und die sind grausam, weil sie z.B. den Priester ermordeten.

Und es ist klar, wie sie ihn ermordeten. Erst kam ein Guerillero, der sich im Zuge des Amnestiegesetzes den Behörden stellen wollte und den Priester bat, ihn der Armee zu übergeben. Doch sie haben den Pater festgenommen, gefoltert und anschließend ermordet. Und wer ihn ermordete, war das Heer.

Stellvertreterrolle Washingtons eingenommen (siehe Beitrag von N. Biver/B. Graul). Und innerhalb der Armee hat sich der General inzwischen eine einzigartige Machtfülle angeeignet. Zum Ärger vieler einflußreicher Militärs und Politiker im Lande sowie auch in den USA.

Um dem ungeschriebenen Gesetz der guatemalteckischen Militärgeschichte zu entgehen, wonach es immer der Verteidigungsminister ist, der den jeweiligen Präsidenten stürzt, übernahm Mejía Victores dieses Ressort selbst.

Alle Macht dem General

Die acht wichtigsten Berater seines Vorgängers schickte er Anfang Oktober 1983 als Militärattachés in verschiedene Länder Südamerikas. Im Zuge der Ämterrotation besetzte er die Schlüsselpositionen der wichtigsten Militärbasen im Lande mit Vertrauenspersonen. Und der „zweite Mann“ des Regimes, Armeechef Lopez Fuentes, eng verbunden mit der MLN und den Agrarexporteurern, wurde als Botschafter ins politische Exil nach Rom geschickt.

Den größten Coup landete Mejía Victores mit der Verabschiedung des „Armeegesetzes“ am 7. Dezember letzten Jahres, das ihm die gesetzliche Grundlage gibt, 200-300 Offiziere (von insgesamt ca. 900), die entweder gleichzeitig öffentliche Ämter innehaben oder mehr als 33 Jahre im militärischen Dienst standen, zu entlassen.

Am 30. Dezember 1983 fand die erste Verabschiedungsfeier von 10 Generalen und 35 Obersten statt, unter ihnen die Ex-Präsidenten Kjell Laugerud (1974-78), Lucas García (1978-82) und Ríos Montt (1982-83), der als einziger General an dem Festakt teilnahm.

Damit bleibt nur Mejía Victores selbst als General in einer Armee, die ausschließlich von „jungen Offizieren“ mittlerer Ränge (vom Leutnant bis zum Oberst) geführt wird.

Mit dieser Personalpolitik verfolgt er vor allem das Ziel, seine eigene Position zu festigen. Was die Aneignung von Machtfülle anbetrifft, steht er somit seinem Vorgänger Ríos Montt mittlerweile um keinen Deut nach.



Eine weitere Absicht könnte es sein, sich unter jungen Militärs eine Basis zu verschaffen. Ihnen stehen jetzt alle Wege nach oben offen. Und mit dem regelmäßigen Aufstieg verknüpfen sich in der Regel auch bessere Möglichkeiten, sich wirtschaftlich zu bereichern.

Andererseits rufen diese Umbesetzungen und Entlassungen Unruhe und Unsicherheit hervor. Die Führer verschiedener politischer Machtgruppen im Militär können zwar ausgeschaltet werden, ihr Anhang bleibt jedoch bestehen. Und somit die permanente Gefahr eines neuen Militärputsches.

Inwieweit die USA in diesem Machtpoker ihre Finger im Spiel haben, ist unbekannt. Es ist jedoch möglich, daß mit dem zunehmenden Einfluß junger Militärs die moderne Counterinsurgency-Politik verbunden mit kosmetischen Reformen wie das AID sie vorschlug (swo.) bestimmend werden könnte.

Die Entmachtung landbesitzender Generale und die Entfernung verschiedener den Agroexporteuren nahestehender Politiker aus wichtigen Regierungssämtern (Wirtschaft, Landwirtschaft, Arbeit) könnte in diese Richtung deuten.

In diesem Falle würden neue, noch schärfere Auseinandersetzungen innerhalb des herrschenden Machtblocks die notwendige Folge sein.

Anmerkungen:

- 1) Daten nach: NACLA. Report on the Americas, New York, März/April 1983, S. 13
- 2) Siehe: Banco de Guatemala, zit. nach: Servicio de Informacion de Guatemala (SIAG), Mexiko, Nr. 3/1983, S. 8ff.
- 3) Vgl. Informationsdienst El Salvador, 24.2.1984
- 4) Siehe: ebenda, 3.2.1984
- 5) Ebenda
- 6) Angaben nach: NACLA, a.a.O., S.14
- 7) Vgl. Enfoyprensa, Guatemala – La Contrainsurgencia de Rios Montt, Mexiko 1983, S. 111
- 8) Siehe: SIAG Nr. 1/1983, S.8
- 9) Daten nach: Enfoyprensa, Guatemala..., a.a.O., S. 100
- 10) Ebenda, S. 121
- 11) SIAG, Nr. 2/1983, S.7
- 12) Guatemala gehört zu den 20 Ländern, die über die größten Erdölvorräte verfügen.
- 13) Die Angaben stammen von der UNESCO, zit. nach einer Erklärung der PGT, die Anfang Oktober 1983 in der guatemaltekischen und lateinamerikanischen Presse veröffentlicht wurde. Hier: Uno Mas Uno, Mexiko, 12.10.1983



Das Beispiel Coca Cola Betriebsschließung, um eine Gewerkschaft zu zerstören

Seit dem 17. Februar 1984 befinden sich die Arbeiter des multinationalen Unternehmens Coca Cola in Guatemala im Konflikt mit der Geschäftsleitung.

Am Nachmittag jenes Tages, so berichten zwei Gewerkschaftsmitglieder der dortigen Betriebsgewerkschaft (aus Sicherheitsgründen können die Namen nicht genannt werden), erhält ihre Organisation einen Anruf von der Betriebsleitung, daß am gleichen Abend eine Sitzung stattfände. Auf dieser Sitzung gibt die Geschäftsführung bekannt, daß der Betrieb wegen Überschuldung geschlossen werden müsse und man ab sofort den Betrieb einstelle.

Diese Ankündigung kommt überraschend für die 460 Arbeiter des Coca-Cola-Abfüllbetriebs in der Hauptstadt. Und sie steht nicht in Übereinstimmung mit den arbeitsrechtlichen Regelungen, wonach eine Betriebsschließung einen Monat im voraus beim Arbeitsministerium anzugeben ist.

Noch am gleichen Abend wird der Gewerkschaftsleitung von der Geschäftsleitung insgeheim Geld angeboten, um auf diese Weise erwartete Widerstandsaktionen zu verhindern. Die Arbeitervertreter gehen darauf nicht ein. Im Gegenteil, 30 Gewerkschaftsmitglieder besetzen friedlich das Betriebsgelände und fordern den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Am nächsten Tag beteiligen sich fast alle Arbeitskollegen, von denen 350 der Gewerkschaft angehören.

Die Gewerkschafter berichten, daß es in Guatemala drei Coca-Cola-Betriebe gibt: einen im Süden (Retalhuleu), einen im Osten (Puertos Barrios) und einen eben in der Hauptstadt. Sie funktionieren

nach dem Prinzip der regionalen Arbeitsteilung.

Während in den anderen beiden etwas kleineren Betrieben die Geschäfte ihren normalen Gang nehmen, soll es im Betrieb in Guatemala-Stadt finanzielle Schwierigkeiten geben, obgleich die Hauptstadt und die umliegenden Verkaufsgebiete doch den eindeutig größten Absatzmarkt im Land darstellen.

Es drängt sich daher eine andere Sichtweise auf: Die beiden kleineren Betriebe verfügen über keine Gewerkschaft; der Betrieb in der Hauptstadt hat hingegen eine durchaus konfliktbewußte und -erfahrene Gewerkschaft, die seit ihrer Entstehung im Jahre 1975 ständigen Eliminierungsversuchen ausgesetzt war.

Gewerkschafter als Freiwild

So sind insgesamt in der Zeit zwischen 1975 und 1980 10 Coca-Cola-Gewerkschaftsführer ermordet worden jeweils mit dem Ziel, eine Gewerkschaft zu zerschlagen, die anderen als Vorbild dienen könnte. Dies ist aber – so die Gewerkschafter – nicht erreicht worden, einerseits aufgrund des Kampfeswillens der Gewerkschaft und andererseits aufgrund internationaler Unterstützung.

Hervorzuheben sei die Bedeutung der Internationalen Union der Arbeiter des Nahrungsmittelgewerbes (UITA), die den Impuls für eine Boykottkampagne gegen den Konsum von Coca Cola gegeben habe. Desweiteren habe die UITA direkt mit Coca Cola Interamericana (Atlanta) verhandelt. Am 20. Januar 1981 sei u.a. aufgrund dieses Umstands die Ratifizierung eines Kollektivvertra-

STRO	<i>Menschenleben vernichtet, sondern daß schon im Frieden Tag für Tag Menschen sterben müssen, weil das Geld nicht für ihre Ernährung, sondern für immer perfektere Waffensysteme verpulvert wird. "Uns bleibt keine andere Wahl als zu kämpfen und dabei auf die gewaltige moralische und geistige Kraft der Menschheit zu vertrauen, wenn wir die Hoffnung auf das Überleben hegen wollen."</i>	
WIR ÜBERLEBEN		
EN, 16.80 DM		
ische Staatschef Fidel ist ein Team hochkarätiger wissenschaftlicher Frem Bericht, der auf pleikonferenz der Nicht-idenen weltweit Aufse-e, die Auswirkungen in und wirtschaftlichen lie unterentwickelten ersucht. Die Autoren if dramatische Weise ng nicht erst im Krieg	Fidel Castro	
	Im Buchhandel erhältlich	Postfach 789 46 Dortmund
		WELTKREIS

Geschichte eines blutigen Kampfes

11. 8.1975 Die Coca-Cola-Gewerkschaft wird gegründet.
24. 3.1976 Streik, da 124 Gewerkschafter des Betriebes entlassen worden sind; der Betrieb wird 17 Tage lang besetzt. Polizeikräfte beenden den Ausstand. Im Gefolge bildet sich in Guatemala ein Solidaritätskomitee, in dem eine Vielzahl weiterer Gewerkschaften vereinigt ist, die sich kurz darauf zum gewerkschaftlichen Dachverband CNUS (der heute nicht offen im Inland arbeiten kann) zusammenschließen.
- 12.12.1978 Erster Mordfall, ausgeführt gegen den Finanzsekretär (und ehemaligen Generalsekretär) der Gewerkschaft, Pedro Quevedo. Quevedo war dies zuvor vom Coca-Cola-Geschäftsführer Trotter (US-Staatsbürger) angedroht worden. Zur gleichen Zeit erhält der Generalsekretär der Gewerkschaft, Israel Marquez, von Trotter eine gleichartige Drohung; Marquez verläßt das Land nach einem mißglücktem Mordanschlag.
5. 4.1979 Ermordung des nachfolgenden Generalsekretärs der Gewerkschaft, Manuel Lopez Balam. Dies löst einen lokalen Boykott der Coca-Cola-Arbeiter gegen Coca Cola aus. Die Internationale Union der Arbeiter des Nahrungsmittelgewerbes (UITA) schaltet sich in den Konflikt ein und erklärt Coca Cola für die Gewaltakte gegen die Arbeiter für verantwortlich. UITA-Mitgliedsverbände werden aufgefordert, Protestschreiben an Coca Cola, Atlanta (USA), zu richten.
- 1980 Von der UITA und verschiedenen Mitgliedsverbänden wird eine internationale Boykottkampagne gegen Coca Cola durchgeführt. Im Mai kommt es zum erneuten Mord an Generalsekretär der Gewerkschaft, Marlon Mendizábal. Die Solidaritätskampagne verbreitert sich.
20. 1.1981 Ratifizierung eines Kollektivvertrages zwischen Coca Cola Interamericana (Atlanta) und UITA (Genf) mit folgenden Punkten: Auswechslung des administrativen Personals (welches sich z.T. aus Militärs rekrutierte, die für ihre Repressionsmethoden bekannt waren), keine Polizei auf dem Betriebsgelände, keine Massenentlassungen, im Streitfall Zusammenkunft von Gewerkschaft, UITA und Coca Cola, Vertragsdauer 5 Jahre.
17. 2.1984 „Betrügerische Betriebsbesetzung“; friedliche Betriebsbesetzung.
27. 2.1984 Scheitern der Verhandlungen in Atlanta. Die UITA ruft zum internationalen Boykott des Konsums von Coca Cola auf.

ges (siehe Kasten) erreicht worden, womit die internationale Unterstützungskampagne beendet worden sei.

Der von den beiden Kollegen abgegebene Einblick in die Konfliktgeschichte von Coca Cola macht unmißverständlich klar, welche Bedeutung die momentane Auseinandersetzung hat und welches die Hauptmotive der Geschäftsleitung für die Betriebsbesetzung sind.

Die Interviewpartner verfügen außerdem über Belege, wonach Verkaufsabrechnungen der nicht in der Hauptstadt liegenden Verkaufsgebiete des Betriebes über persönliche Konten einzelner Mitglieder der Geschäftsleitung getätigt wurden, daß normal erfolgte Auslieferungen als beschädigte Ware erklärt wurden, daß das Inventar unterbewertet wurde und Spesenabrechnungen überhöht waren. Ferner hätten sich bereits Interessenten gemeldet, den Betrieb zu kaufen, allerdings unter der Bedingung, daß die Gewerkschaft unterdrückt werde.

Vor diesem Hintergrund wurde kurz nach Beginn der friedlichen Betriebsbesetzung vom 17.2.1984 eine Delegation der Gewerkschaft nach Atlanta (Georgia, USA) zu Coca Cola Interamericana geschickt, um die Wiedereröffnung des Betriebes zu verlangen. Die Delegation stützte sich dabei auf die Vereinbarungen von 1981.

Aber der dort für „interamerikanische Angelegenheiten“ zuständige Direktor von Coca Cola, Ted Circuit, zeigte sich nicht gesprächsbereit. Damit waren die Verhandlungen gescheitert. Am gleichen Tag, den 27.2.1984, erklärte der Generalsekretär der UITA, Dan Gallin, seine Organisation werde international den Boykott des Konsums von Coca Cola propagieren.

Die beiden Gewerkschafter sagen, daß die Bemühungen ihrer Gewerkschaft darauf orientiert seien, daß das guatemalteckische Arbeitsministerium die Betriebsbesetzung seitens der Geschäftsleitung

zum „illegalen Unternehmerstreik“ erklärt, da es sich um eine „betrügerische Schließung“ handele. Sie geben sich zuversichtlich, dies erreichen zu können, wenn sie international Unterstützung erhalten.

Die Kollegen stützen sich darauf, daß die Geschäftsleitung eindeutig und einseitig die im Kollektivvertrag vom 20.1.1981 getroffenen Vereinbarungen verletzt habe. Sie meinen, ihre Chancen stünden nicht schlecht, denn ohne weiteres könne das Regime nicht dazu übergehen, die Gewerkschaft zu zerstören, würde sie doch ihr international ohnehin bereits stark beschädigtes Ansehen noch weiter verschlechtern.

Davon abgesehen wäre die Regierung vordergründig bemüht, von sich das Bild abzugeben, daß sie Gewerkschaften zulasse, wie sich in der kürzlichen Schaffung der regimetreuen Gewerkschaft CUSG (Zulassung im Dezember 1983) zeige. Dieses Projekt würde sich jedoch vollends als Farce erweisen, wenn man die Coca-Cola-Gewerkschaft unterdrücke.

Überdies würde die definitive Schließung eines Betriebes, von dem 2.500 weitere Arbeitsplätze abhängen, in einer Situation, in der offiziell eine Arbeitslosenrate von über 40% zugegeben wird, die sozialen Spannungen erneut steigern. Das erkläre, warum die Regierung im Fall der Coca-Cola-Gewerkschaft bislang neutral geblieben sei.

Die beiden Gewerkschaftsvertreter wiesen darauf hin, daß die Gewerkschaftsbewegung durch die Repression stark geschwächt sei, und unter ständiger Bedrohung stehe, was sich beispielsweise an der Entführung von 14 Gewerkschaftsführern und Arbeitsanwälten seit November 1983 zeige (von denen 3 lebendig und 2 ermordet auftauchten, und die restlichen 9 verschwunden sind).

Ein weiteres Beispiel sei der Abfüllbetrieb San Bernardino. Dort sind 6 von den 20 für die Registrierung beim Arbeitsministerium zur Gründung einer Gewerkschaft erforderlichen Mitgliedern entlassen worden, was jedoch einen Ausstand in dem Betrieb provozierte.

In diesem Moment ist es wichtig für die guatemalteckische Gewerkschaftsbewegung, so die Interviewten, daß die Absicht, eine konfliktbereite Gewerkschaft zu zerschlagen und damit ein Zeichen zu setzen, durchkreuzt wird.

Es werden viele Erwartungen der nicht regierungskontrollierten Gewerkschaftsbewegung an den erfolgreichen Ausgang des Konflikts von Coca Cola geknüpft. Deshalb ist der Druck der internationalen Öffentlichkeit notwendig, sei es durch wirtschaftliche Hilfe (zur Unterstützung der Familien), durch Boykottmaßnahmen oder Protestschreiben an das Arbeitsministerium und Coca Cola.



Weekend in Guatemala US-Intervention gegen die Reformgefahr 1954

„Wir operieren in einem feindlichen Land“, murmelte er. Feindlich?“ läßt Miguel Angel Asturias einen US-Sergeanten Harkins sich fast belustigt fragen: „Die Eisenbahnen gehören uns, die Häfen gehören uns, die Fluglinien gehören uns, Telegraf und Telefon gehören uns, fehlt nur noch, daß wir uns selbst den Krieg erklären...“

Es ist „Weekend in Guatemala“, so der Titel der Episodensammlung des späteren Literaturnobelpreisträgers Miguel Angel Asturias (1899-1974) aus dem Jahre 1958, und der Krieg ist im Gange gegen das Volk von Guatemala und seine Regierung.

Es geht um das Land, das diese Regierung dem Volk zurückgegeben hatte — denn auch dieses hatte den USA gehört. Genauer: der United Fruit Company (UFCO), genannt „la frutera“, die sich inzwischen United Brands etikettiert. Seit Beginn des Jahrhunderts war die UFCO die faktische Herrscherin der „Bananenrepublik“ Guatemala gewesen. Willfähige Despoten wie Cabrera und Ubico hatten dafür gesorgt, daß ihre Geschäfte ungestört liefen und sich mit denen der Handvoll einheimischer

kannte aber auch die Notwendigkeit einer Agrarreform, um die Macht der feudalen Lati-fundienbesitzer zu brechen.

Eine Anzahl wichtiger Reformmaßnahmen fiel unter Arevalos Präsidentschaft (bis 1951): Gesetzgebungen zur Sozialversicherung und Arbeit, Ansätze zur Überwindung des Analphabetismus, Zulassung von Parteien und Gewerkschaften, Schutz der indianischen Bevölkerung (fast zwei Drittel der Einwohner).

Unangetastet blieben hingegen die Berufsarmee des Landes und das Auslandskapital (dessen Allmacht durch eigene Investitionsförderung zurückgedrängt werden sollte). Die UFCO kontrollierte von 1946 bis 1952 zwischen 61 und 89% des Bananenexports.

Trotz reaktionärer Putschversuche — einer davon angeführt von dem Obersten Carlos Castillo Armas — gehen auch die Wahlen 1950 mit einem Sieg des demokratischen Kandidaten zuende. Der neue Präsident heißt Jacobo Arbenz Guzmán, ein Offizier der Junta vom Oktober 1944 und Verteidigungsminister im Kabinett Arevalo. Nun stehen auch Bauern und Landarbeiter sowie die — zahlenmäßig



Großgrundbesitzer vertrugen.

Doch im Oktober 1944 war Ubicos designierter Nachfolger durch einen bewaffneten Aufstand gestürzt worden. Hinter dieser „Front der nationalen Wiedergeburt“ standen Teile des mittleren und niederen Offizierskorps, bürgerliche und kleinbürgerliche Kräfte, die Intelligenz des Landes, vor allem die Studentenschaft.

In Guatemala wurde eine Periode bürgerlich-demokratischer Reformen eingeleitet. Noch im Dezember 1944 wurde der Philosophieprofessor Juan José Arevalo, Verfasser eines Essays über den nordamerikanischen Hai und die mittelamerikanischen Sardinien, zum Präsidenten gewählt — mit 95% der Stimmen.

Die unter seiner Regierung 1945 verschiedene Verfassung, orientiert an der Mexikos von 1917, verankerte bürgerliche Freiheiten und eine Garantie des Privateigentums. Sie aner-

freilich schwache — Arbeiterschaft hinter der Regierung.

Die von Arbenz unternommenen Schritte verstärken den antifeudalen und antiimperialistischen Charakter des Prozesses — Ziel bleibt indessen die Schaffung eines „modernen kapitalistischen Landes“. In diesem Sinne steht es sogar im entscheidenden Gesetz der Ära Arbenz, dem über die Agrarreform vom 17. Juni 1952.

Dennoch werden die UFCO und die US-Regierung bald von einer „kommunistischen Machtübernahme“ in Guatemala sprechen.

Das Agrarreformgesetz hatte die Enteignung aller ungenutzten Flächen über 270 Hektar (ha) gegen Entschädigung und die Verteilung an Bauern- und Landarbeiterfamilien vorgesehen. Insgesamt 1,8 Mio ha sollten bis 1954 an über 100.000 neue Eigentümer übergehen. Hatte diese Politik zunächst die feudalen



J. F. Dulles, selbst Aktionär und Vertragsunterhändler der United Fruit, später US-Außenminister

Grundherren getroffen, so zählte ab März 1953 auch die UFCO zu den Expropriierten. Sie mußte fast zwei Drittel ihres Besitzes aufgeben.

Damit war der Kern des Freiheitsbegriffs made in USA getroffen. Die UFCO veranlaßte in der guatemalteckischen und US-Presse eine Diffamierungskampagne.

Die Unterstützung Arbenz' durch die kleine Fraktion kommunistischer Abgeordneter im Parlament (4 von 56!) sollte später vom US-Außenminister John Foster Dulles zur „Kontrolle der Legislative“ aufgeblasen werden. Dulles war in den 30er Jahren federführend gewesen bei der Aushandlung der Kontrakte der UFCO mit dem Regime Ubico.

Ende 1953 war in Washington beschlossene Sache, daß die Regierung Arbenz gestürzt werden sollte. Diffamierung, Boykott und — sollte dies nicht ausreichen — Intervention sah die Planung vor.

Blutige Diktatorengestalten wie Batista, Trujillo und Jiménez gaben sich unter Dulles' Regie auf einer Konferenz in Caracas als empörte Demokraten und verurteilten die Regierung Arbenz, die versuchte, die elende Lage eines Volkes zu bessern.

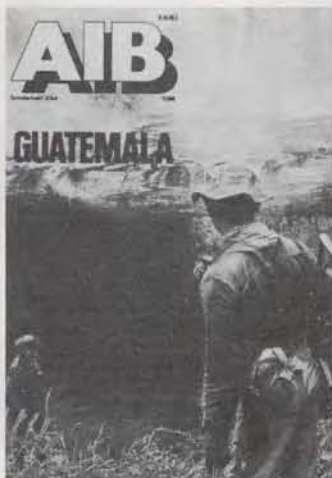
Im Nicaragua der Tyrannensippe der Somozas bereiteten der CIA und der im Exil lebende guatemalteckische Oberst Castillo Armas die Invasion vor. Sie begann am 18. Juni 1954. Der eigens für die Organisation des Manövers Ende 1953 nach Guatemala beorderte neue US-Botschafter Perifoy äußerte im Kreis seiner Untergebenen: „Morgen um diese Zeit können wir ein großes Fest feiern.“

Doch die Invasoren kamen kaum voran. Erst Bombenangriffe auf die Zivilbevölkerung — geflogen von US-Piloten — schüchterten die Bevölkerung ein, die gleichwohl zur bewaffneten Gegenwehr bereit war. Doch Arbenz scheute vor diesem Schritt zurück. Stattdessen übergab er — unter dem Eindruck der verlustreichen Bombardements — am 27. Juni 1954 sein Amt dem Obersten Diaz, der die Putschisten vertreiben wollte.

Ein Putsch durch dessen Stellvertreter, arrangiert unter Mitwirkung Perifoy's, machte dann doch noch den Weg frei für den Einmarsch der Söldner-Banden unter Oberst Armas.

Das Reformexperiment war gewaltsam beendet. Miguel Asturias, der seinen Band „Weekend in Guatemala“ den „Märtyrer-Bauern“ und „hingeopferten Arbeitern“ widmen sollte, ging ins Exil. Die UFCO kam wieder. Sie sollte bald fast die gesamte Bananenausfuhr kontrollieren, denn 95% der Kulturen gehörten ihr.

J. Ostrowsky



3/84: Guatemala



2/84: AirLand Battle und die Rolle der Bundesrepublik



1/84: Generalprobe Grenada

Sonderheft 1/84 und 3/84: 24 S., 2 DM
 Sonderheft 2/84: 60 S., 4 DM
 Porto: 0,60 DM je Heft. Ab 10 Ex. 33%
 Rabatt. Bestellungen unter 10 DM nur gegen
 Vorauszahlung (z.B. in Briefmarken).

Einführungsbücher

Um Interessierten einen nicht zu aufwendigen und zugleich lebendigen Einstieg in das Neuland Guatemala zu erschließen, mag es genügen, sich hier auf einige ausgewählte Buchveröffentlichungen der letzten zwei Jahre zu beschränken.

Eine empfehlenswerte Gesamtschau über Land, Leute und Geschichte Guatemalas bietet das vom Madrider Institut für Politische Studien über Lateinamerika und Afrika verfaßte und erstveröffentlichte Buch **Guatemala. Der lange Weg zur Freiheit**, hrsg. von der Informationsstelle Guatemala, Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1982, 255 S., Preis 12,80 DM.

Es enthält im 1. Teil eine detaillierte Zusammenschau von Grundinformationen (Bevölkerung, Rohstoffe, Regionen, Erziehung, Gesundheit usw.) sowie Grundzüge zur guatemaltekischen Geschichte von den Mayas bis zur Gegenwart. Im 2. Teil findet sich eine solide Untersuchung der Gesellschaft Guatemalas, die von der Wirtschaftsstruktur über das politische System und die Klassenkampfentwicklung bis hin zur militärischen Situation reicht. Der 3. Teil des Buches bietet dokumentarisches Material, darunter zum Selbstverständnis des Volkswiderstands und zum Verhältnis Europa/BRD und Guatemala.

Einen noch aktueller gehaltenen Einstieg vermittelt der Guatemala-Länderbeitrag von D. Boris/P. Hiedl/V. Sieglin in dem Mittelamerika-Standardwerk

D. Boris/R. Rausch (Hrsg.), **Zentralamerika. Guatemala, Nicaragua, Honduras, Costa Rica, El Salvador**, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1983, 405 S., 14,80 DM, S. 70-127.

Bei Boris u.a. besticht die Schärfe in der Darstellung der guatemaltekischen Klassen- und Sozialstruktur wie auch der Befreiungsbewegung. Der Aufsatz ist für Unvorbelastete als grobe Orientierung maßgeschneidert, zugleich aber auch als Ergänzung zum Einführungsbuch des Hammer Verlags unverzichtbar.



Literarisches

Die fesselnde Selbstdarstellung einer Indiofrau verbirgt sich hinter dem soeben erschienenen Titel

E. Burgos, Rigoberta Menchú. **Leben in Guatemala**, Lamuv Verlag, Bornheim-Merten 1984, 244 S., 16,80 DM.

In dieser Aufzeichnung wird überaus eindrucksvoll der Alltag der guatemaltekischen Indios, der Land- und Stadtmutter geschildert, werden gerade auch die kulturellen Besonderheiten dieses Landes nachvollziehbar. Rigoberta Menchu, eine 26jährige Indianerin vom Stamm der Quiché, beschreibt die Sitten, Traditionsverbundenheit und Riten ihres Volkes, das Los der indianischen Bauern und Plantagenarbeiter. Sie berichtet über die Unterdrückung durch die „reichen Herren“ wie über den opferreichen Widerstandskampf der Landarbeiter und der Guerilla.

Rigoberta Menchu zeichnet anschaulich nach, wie sie als Betroffene – ihre Eltern und ihr Bruder werden von Regierungstruppen ermordet – einen zwangsläufigen Radikalisierungsprozeß durchläuft. Sie macht so den Leser betroffen. Und sie weckt zugleich Hoffnungen in den guatemaltekischen Widerstand, dem sie sich, von einer linkschristlichen Position ausgehend, verschrieben hat.

Ein dichterisches glanzvolles Beispiel des guatemaltekischen Widerstands bietet

Otto René Castillo, **Selbst unter der Bitterkeit. Gedichte spanisch-deutsch**, hrsg. von der Informationsstelle Guatemala, München 1983, 223 S., 14,80 DM.

O. René Castillo (1936-67), der als der profilierteste revolutionäre Lyriker des Landes gilt, kämpfte 1966/67 in den Reihen der Guerilla. Er wurde nach einer Verwundung vom Militär gefoltert und bei lebendigem Leibe verbrannt. Der salvadorianische Schriftsteller Roque Dalton nennt René Castillo daher im Nachwort des Gedichtbandes die Verkörperung eines neuen Typs von mittelamerikanischen Künstlern: „...der Dichter ist moralisches Verhalten, er muß schreiben wie er denkt, und leben, wie er schreibt, er ist dem Volk verpflichtet, seinen Befreiungskämpfen, der Revolution.“ (S. 212)

Tiefe Zuneigung zum einfachen Volk, Empörung gegen die Unterdrücker, Patriotismus, Naturverbundenheit, Liebe, dies sind bestimmende Elemente in Castillos Lyrik. Die eine Seite seiner Dichtkunst ist die Bitterkeit und Traurigkeit über die Unmenschlichkeit der Diktatur:

„Mein dunkelhäutiges Land,
 von dir
 kenne ich nicht
 das einfachste
 Lächeln.“

So beginnt er sein Gedicht „In Wahrheit kenne ich dein Lachen nicht“.

Castillos andere Seite ist die Siegeszuversicht, sein Vertrauen in die Unterprivilegierten, in eine bessere Zukunft, seine Hoffnung. Sie kommt zum Ausdruck u.a. in dem Gedicht „Morgen der Sieg“:

Auch bei Guatemalas berühmtestem Schriftsteller, Miguel Angel Asturias (1899-1974), der 1967 mit dem Nobelpreis für Literatur ausgezeichnet wurde, steht die Beschreibung der Diktatoren und des guatemaltekischen Volkswiderstands im Mittelpunkt.

Das Diktaturregime Cabrera nahm er in dem Frühroman „Der Herr Präsident“ (Verlag Helmut Kossodo, Genf) aufs Korn.

Filme



Miguel Angel Asturias

Eine Vielzahl seiner Romane und Novellen widmete er der Schilderung der verschiedensten Bereiche und Formen des Widerstands: im eben erwähnten Roman war es der städtische, in „Die Maismenschen“ (Lamuv 1983, 376 S., 19,80 DM) der indianische Widerstand und in der Romantrilogie „Der starke Wind“, „Der grüne Papst“ und „Die Augen der Begrabenen“ (die beiden letzteren erschienen bei Luchterhand und als Taschenbücher bei Ullstein) der Widerstand der Landarbeiter in den Plantagen der United Fruit.

In „Weekend in Guatemala“ verarbeitete Asturias die traumatische Erfahrung von US-Intervention und Sturz der Reformregierung Arbenz im Jahre 1954. In den im März 1983 vom rotpunktverlag Zürich, 267 S., 21,20 DM) neuverlegten acht Erzählungen werden diese Ereignisse szenarisch nachgezeichnet, aus dem Blickwinkel der Söldner, der einheimischen Militärs, der Bauern, der politischen Gefangenen usw.

Ähnlich informativ liest sich die Interventionsgeschichte des Jahres 1954 in Romanform, die der bundesdeutsche Journalist K.H. Poppe (1923-77) zu Papier brachte:

K.H. Poppe, *Intervention oder Zwölf Tage Krieg in Guatemala*, Edition LitPol, Berlin (West) 1983, 294 S., 22,80 DM.

Nicht nur als anschaulicher Beitrag zur gesellschaftlichen Wirklichkeit Guatemalas, sondern auch als exemplarische Darstellung zur Rolle der Frauen in Lateinamerika empfiehlt sich A. Nispel/B. Bruch u.a., *Jedem das Seine. Von der Teilung der Arbeit und der Teilung der Macht. Frauen in Lateinamerika/Beispiel Guatemala*, edition CON, Bremen 1984, 120 S., 12,80 DM.

Im 1. Teil wird die Stellung der guatemaltekischen Frauen in Produktionsprozess und Familie untersucht, darunter auch der Machismo (Männlichkeitskult) und seine diskriminierenden Wirkungen für die Frauen. Der 2. Teil behandelt die Repressionsebenen dieses Zustandes, z.B. die Begleiterscheinungen des Tourismus, der Entwicklungshilfe, des Analfabetismus, des Muttermilchersatzes (Nestlé!). Im 3. Teil wird der Standort der Frauen im mittelamerikanischen Befreiungskampf hinterfragt.

Mit einem 1. Preis wurde auf den Kurzfilmtagen 1984 in Oberhausen der Film „Vamos Patria a Caminar“ ausgezeichnet. Es ist der erste Streifen der neuen guatemaltekischen „Cinematografía“ (Filmkunst), einer Gesellschaft, die in Guatemala revolutionäre Filme produziert. Er wurde 1983 fertiggestellt und skizziert die Geschichte des Landes vom Jahr 1954, dem Jahr als der Reformpräsident Jacobo Arbenz gestürzt wurde. Bis zur Diktatur von Rios Montt zeigt der Film, daß Guatemalas Geschichte eine lange Folge von Gewalt Herrschaft und fortgesetzten Interventionen durch die USA ist.

„Wenn die Berge erzittern“ (Pamela Yates/Thom Sigel, 16 mm, Farbe, 83 Minuten, auch als Kinofilm geeignet) behandelt am Beispiel der Indiofrau Rigoberta Menchú die Folgen der jüngsten Geschichte Guatemalas. Der Film wurde 1983 gedreht. Der Lebensweg der Indiofrau führt zurück in die Maya-Vergangenheit und zeigt ein Panorama von Gesellschaft, Kultur und Politik Guatemalas.



Rigoberta Menchú

Im Grenzgebiet zwischen Mexiko und Guatemala entstand „Adios Guatemala“ (Tilmann Scholl, 16 mm, Farbe, 22 Minuten, 1982, auch als Video/VHS erhältlich). Er zeigt die Situation der Flüchtlinge und die Ursachen ihrer Flucht.

Die Reportage „Kaibil“ von Michael Gregor (16 mm, Farbe, 15 Minuten, 1982) schildert Strategie und Taktik der berüchtigten Antiguerrillaeinheiten der Armee in Guatemala.

Zu einer der Hauptaufgaben der städtischen Feuerwehr in Guatemala-Stadt ist der Abtransport der Terroropfer der Armee und der rechtsradikalen paramilitärischen Banden geworden. Darüber berichtet „Bomben und Bomberos (Feuerwehrlente)“ (Michael Gregor, F. Chavez, 16 mm, Farbe, 30 Minuten).

Die Reportage „Gewehre und Bohnen“ (Leo Gabriel, 16 mm, Farbe, 17 Minuten) schildert die Situation guatemaltekischer Indios nach der militärischen Großoffensive von Rios Montt gegen die Guerilla von 1982.

Die Auswirkungen des Tourismus auf das Leben der Indios schildert „Ferien bei den Indianern“ (Johannes Pepper, John Redeye, T. Mascal, 16 mm, 44 Minuten, Farbe). Der Film zeigt, auf welche Art der Ferntourismus auf Kosten der Selbstbestimmung der Indianer

geht und wie die Militärregierung dieses für sie devisenbringende Geschäft unterstützt.

Er ist sowohl zur Diskussion über Ferntourismus als auch für die Informationsarbeit zu Guatemala geeignet.

Alle Filme sind zu beziehen über CON-Vertrieb, Westerdeich 38, 2800 Bremen, Tel. 0421/540012-13.

Broschüren und Infos

Eine Broschüre, die das Gründungsmanifest der Guatemaltekischen Revolutionären Nationalen Einheit (URNG) enthält sowie die revolutionären Organisationen Guatemalas vorstellt, kann über den Solidaritätsshop Dritte Welt, Mainzer Landstraße 15, 6000 Frankfurt/Main bestellt werden. Sie umfaßt 40 Seiten und kostet 2 DM.

Ein monatlicher Informationsdienst kann bei der Informationsstelle Guatemala e.V., Maistraße 29, 8000 München 2, ebenfalls zu 2 DM bezogen werden.

Ausstellung

Am Beispiel Guatemalas wird in der Ausstellung „Den Frauen die Hälfte des Himmels, den Herren die ganze Welt“ die Lage der Frauen in der Dritten Welt anschaulich gemacht.

Am Anfang wird der Arbeitsalltag der Frauen gezeigt. Im 2. Teil, der mit einer Tafel zum Kolonialismus beginnt, werden die historischen Ursachen der Unterentwicklung beleuchtet. Der 3. Teil behandelt den Neokolonialismus und seine Auswirkungen auf die Frauen.

Der letzte Teil setzt sich kritisch mit der Beteiligung der Frauen am Widerstand auseinander. Die Ausstellung kann über CON bezogen werden.

Spendenkonto

Das Antimperialistische Solidaritätskomitee (ASK, Mainzer Landstraße 15, 6000 Frankfurt/Main) ist gegenwärtig dabei, ein Solidaritätsprojekt mit der URNG abzustimmen. Spenden können auf das Sonderkonto Prof. Wulff, Kt. Nr. 527055-602, Postscheckamt Frankfurt/Main, Kennwort Guatemala überwiesen werden.

Für Flüchtlinge, die verfolgte Kirche, die URNG bzw. Volksorganisationen und für Öffentlichkeitsarbeit zu Guatemala kann bei der Informationsstelle Guatemala unter der Konto-Nr. Postscheck München 2081 59-802 gespendet werden. Dabei sollte das jeweilige Stichwort angegeben werden.

Für medizinische Hilfe sammelt Medico International, Stadtparkasse Frankfurt/Main, Konto-Nr. 646. Auch hier Stichwort Guatemala angeben.

Richtigstellung

Im Libanon-Artikel in AIB 3/1984, S.6 ist uns ein Fehler in Sachen Chaoui unterlaufen. Der Generalsekretär der Libanesischen Kommunistischen Partei ist Georges Hawi, während Nicolas Chawi als Präsident der Partei fungiert. Wir bitten das Versehen zu entschuldigen.

Für's AIB werben lohnt sich!

Warum Bücher kaufen, wenn sie als Geschenk ins Haus kommen? Für AIB-Abonnenten halten wir jeweils aktuelle Buchtitel als Geschenk bereit. Bücher, die für Dritte-Welt-Interessierte unentbehrlich sind. Unser Angebot wird alle zwei bis drei Monate aktualisiert.

Jeder AIB-Leser kann in den Genuß unseres Buchgeschenks kommen, wenn er

- das AIB bereits selbst abonniert hat,
- einen neuen Abonnenten für unsere Zeitschrift wirbt, und
- der neue Abonnent das Jahresabo bezahlt bzw. uns auf der Bestellkarte (siehe Heftmitte) eine Abbuchungsvollmacht erteilt hat.



K. D. Bredthauer (Hg.)
Sage niemand, er habe
es nicht wissen können
208 S., Pahl Rugenstein



Elisabeth Burgos
Rigoberta Menchú
Leben in Guatemala
256 S., Lamuv 1983

Weitere Buchprämien sind aus unserem Gesamtverzeichnis zu entnehmen. Gesamtverzeichnis anfordern bei:
AIB, Liebigstraße 46, 3550 Marburg 1

Achtung:
Bestellkarte in der
Heftmitte benutzen!

Unser aktuelles Buchgeschenk